Die Regie des Moskauer Apparates klappt außerordentlich, aber jeder, der kein politischer Analphabet ist, durchschaut auch auf den ersten Blick, daß es eben Regie, Theater ist, das man den Arbeitern vorführt, um sie über die Ursache der Krise hinwegzutäuschen, die den ganzen russischen Staat immer gewaltiger schüttelt.

Zum ersten bestätigt die russische Regierung amtlich, daß die zaristische Aristokratie auch „Sowjet"-Aristokratie ist und in den höchsten Staatsämtern sitzt, während die anerkannten und erprobten kommunistischen Wirtschaftsfachleute — in Sibirien sitzen. Und die Sabotage? Die Ingenieure haben, wie das angesichts des steigenden Verkehrs in der ganzen Welt geschieht, stärkere Lokomotiven verlangt und sind für eine Verstärkung des Oberbaues eingetreten. Alles andere ist, das merkt ein Blinder, künstlich von der Regierung und ihrer GPU. erzeugte Psychose, wenn die „Mitwirkung von Tausenden von Arbeitern" nicht ebenso durch den amtlichen Apparat organisiert würde, wie die „große Genugtuung" und die Glückwünsche an die Henker.

Die Hinrichtungen verfolgten denselben Zweck wie die Maiparolen der 3. Internationale und die nach dem 1. Mai ausgegebene Generalstreikparole. Dem russischen Proletariat mußten Sündenböcke geopfert werden für die Verbrechen der Stalinklique und dem Proletariat der übrigen Welt, soweit es am Russenfimmel erkrankt ist, muß gezeigt werden, daß das „Vaterland" der Arbeiter tatsächlich bedroht ist, von innen, da einen Angriff von außen höchstens noch Leute ernst nehmen, die ihre Hosen hinten zuknöpfen.

Kaltgestellte Zellentaktiker

Der Hauptvorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes hat die beiden Berliner Bevollmächtigten Armbrust und Kohlmann, die der KPD. angehören, fristlos entlassen und den Gauleiter für den Gau Berlin Georg Fischer zum vorläufigen Geschäftsführer der Berliner Zahlstelle eingesetzt.

Die beiden Zellentaktiker hatten die Generalstreikparole der KPD. aus Protest gegen die Zörrgiebelmassakers befürwortet. Wir haben uns zur Genüge über die Uneinigkeit der KPD.-Parolen geäußert und können das hier unterlassen da die beiden nicht wegen Dummheit ihrer Aemter enthoben und wie Laufburschen aufs Pflaster gesetzt wurden. Das Prinzipielle ist hier, daß die Obergötter in Bremen die beiden ersten von der Mitgliedschaft der größten Zahlstelle des Verbandes ihres Vertrauens gewürdigten Funktionäre einfach zum Tempel hinauswerfen, wozu nach proletarischen Grundsätzen nur eine örtliche Generalversammlung das Recht hätte. Die Bremer Pfeffersäcke sind nicht einmal im Unrecht, denn laut Verbandsstatut können sie das. Die Arbeiter aber, die die Gewerkschaften als Hort der Konterrevolution erkannt haben, sollten endlich begreifen, daß die unsinnigste aller Unsinnparolen die von der Eroberung der Gewerkschaften ist. Die Herrenmenschenaktion der Tabakarbeiterkönige beweist zum tausendsten Male, daß man eher die katholische Kirche oder den Faschismus erobern kann als die Gewerkschaften.

Es wird sich hier wieder von neuem erweisen, daß die Berliner gewerkschaftlich organisierten Tabakarbeiter wohl für den ihren Stimmzettel abgeben, der ihnen am meisten verspricht. Für die beiden Gemaßregelten aber wird sich kein Finger krumm machen. Und auch daß ist erklärlich, denn jeder, der sich für sie einsetzen würde, würde ebenso unbarmherzig und in ebenso großem Bogen aus dem Verbande fliegen. Die KPD. aber hat ihnen eingepaukt, daß sie in der Gewerkschaft sein müssen.

Oskar Kanehl

Oskar Kanehl — Straße frei — hat am Dienstag, den 28. Mai, Selbstmord begangen. Er stürzte sich aus dem Fenster der Wohnung seiner Schwiegermutter in der Kantstraße zu Charlottenburg auf die Straße und erlitt einen Schädelbruch. Die Ursachen sind nicht bekannt.

Es dürfte Dummheit oder Verleumdung des Toten sein, wenn der Vorwärts seinen Bericht überschreibt: Selbstmord eines **KPD.**-Schriftstellers und ihn „auf den ganz linken Flügel" plaziert. Oskar hat neben seinen guten Geschichten für die Arbeiter gewiß auch viel Dummes und Lächerliches gemacht. Aber zur Selbstkasteiung durch eine Mitgliedschaft in der **KPD. hat er es wohl nicht gebracht. Vielleicht war er an seiner jungen bürgerlichen Ehe verzweifelt oder an seinem Franz, der** den Nichtpolitiker ideologisch gefangen hielt. — Vielleicht kommts noch raus.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 1. Juni, nachmittags **4.30 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf** statt.

Betrieb und Wirtschaft

Streiflichter vom Frankfurter Verkehrsarbeiterstreik

gw. Am 18. Mai d. J. streikten in Frankfurt a. M. die Gemeinde- und Staatsarbeiter. Zwischen dem Streiklokal, der Wirtschaft Julius Pechler in der Schloßstraße, und dem Büro des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes fand am Streiktage folgendes, für die Verbandsbürokratie charakteristische Telephongespräch statt: „Hier Streiklokal Pechler, wer dort?" „Hier Büro des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes. Wer ist denn dort im Streiklokal am Apparat? Hier Kollege Sommer. Kollege Sommer: „Wie ist denn die Streiklage?" Verbandsbüro: „Ja, lieber Kollege, der Schiedsspruch ist angenommen worden, wir erhalten pro Stunde 3 Pfg. mehr."

Kolle Sommer: „Wer hat den Schiedsspruch angenommen?

Verbandsbüro: „Ja, lieber Kollege, wir selbstverständlich, der Verbandsvorstand."

Kollege Sommer: „Wer gibt Euch die Berechtigung, den Schiedsspruch anzunehmen?"

Verbandsbüro abermals: „Wer ist dort am Apparat?"

Kollege Sommer: „Hier Kollege Sommer!"

Verbandsbüro: „Wie ist Deine Nummer?" (Verbandbuch-Nummer war gemeint.)

Kollege Sommer: „Seit wann bin ich eine Nummer? Im Zuchthaus hat man eine Nummer.

Der Verbandsbonze bricht nun das Telephongespräch ab, indem er ohne zu beenden den Hörer einhängt.

Arbeiter! Gebt diesen Verbands-Bürokraten, die Euch einen Dreck fragen, die Euch mißachten, die mit dem Kapital anstatt mit Euch fraternisieren, gebt ihnen die rechte Antwort, gebt ihnen keinen Pfennig Geld, laßt diese versteckten Feinde der Arbeiterklasse unter sich.

Die Herren Bürokraten können es sich gar nicht vorstellen, daß „ein ganz gewöhnliches Mitglied" sie nach der Berechtigung ihres Verrats fragt und wittern sofort jemand am Apparat, der sich bisher nicht ihrem Kommando fügte, also ein Nichtmitglied: deshalb die Frage nach der Nummer. Und nichts anderes als ein Verrat der Bürokratie war der kurze Streik der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Bereich des rheinisch-mainischen Bezirksarbeitgeber-Verbandes. Den Schiedsspruch, der die durch die Teuerung längst überholten lächerlichen 3 Pfennig „Lohnerhöhung" vorsah, lehnten die Arbeiter am 17. Mai ab und traten am 18. in den Streik. Von den 12 000 städtischen Arbeitern Frankfurts streikten aber nur 9000. Die übrigen 3000 mußten aus „Gewerkschaftsdisziplin" die „lebenswichtigen Betriebe" aufrechterhalten, d. h. die Betriebe, die für die Bourgeoisie lebenswichtig und zur Aufrechterhaltung der Staatsgewalt über die Arbeiter notwendig sind. Unter diesen Umständen hätten die 9000 allerdings streiken können, bis sie vor Hunger zusammengebrochen wären. Die Verbands-Bourgeoisie kürzte das Verfahren ab und sparte sich die Kosten der Unterstützung, indem sie vor dem Schlichter in Darmstadt am 18. Mai nachmittags den Schiedsspruch annahmen, den die Arbeiter tags zuvor abgelehnt hatten — und die Arbeiter kuschen und zahlen weiter.

Kennzeichnend für die Machtvollkommenheit der Verbandsbürokratie und für die Maulhalterolle der Beitragszahler ist es, daß der Abend, das Abendblatt des Vorwärts, das Mittags schon in Druck gegeben wird, schon mitteilte, daß die Arbeit am Dienstag, dem 19. Mai, wieder aufgenommen werden wird. Die „Verhandlung" in Darmstadt fand aber erst am Nachmittag des 18. Mai statt, also zu einer Zeit, als die Sache schon im „Abend" stand. So wußten die Berliner schon nachmittags um 3 Uhr, als in Darmstadt noch gar nicht „verhandlet" wurde, daß die Frankfurter am Dienstag wieder arbeiten würden. Diese Neuigkeit ist es, die die Streikenden durch die oben erwähnte telephonische Anfrage erhielten. — Charakteristisch, sehr charakteristisch, für die Geduld der gewerkschaftlichen Beitragszahler.

Stillegung der Chemnitzer Aktienspinnerei

1500 Arbeiter aufs Pflaster gesetzt.

Die Chemnitzer Aktienspinnerei, die aus mehreren, teils erst unlängst übernommenen Betrieben besteht, ist stillgelegt werden und soll laut Generalversammlungsbeschluß liquidiert werden. Das Aktienkapital ist verloren. Die Belegschaft betrug 1500 Köpfe. Es wurde betont, daß die Expansionspolitik der Direktion nicht den Konjunkturrückgang genügend in Betracht gezogen hätte.

Diese Stillegung ist nur ein Glied in der Kette der Textilpleiten. Die deutsche Textilindustrie ist übersetzt mit viel zu viel Betrieben und ist am Weltmarkt rückläufig. Die Industrialisierung des Ostens und die Rationalisierung der europäischen Textilindustrie, hauptsächlich der englischen, wird nicht nur in Deutschland in absehbarer Zeit noch größere Opfer fordern.

Die seit ca. 30 Jahren bestehende Damenmäntelfabrik Auerbach & Silberstein, Inh. Max Auerbach, Berlin, Leipziger Straße 776, hat laut „Konfektionär" mit sehr bedeutenden Passiven die Zahlungen eingestellt.

Nach der gleichen Quelle befindet sich die Rauchwarenfirma A. Glückin & Co. in Leipzig in Zahlungsschwierigkeiten.

Die im Jahre 1921 errichtete Frankfurter Bankfirma Schelenberg, Knochenhauer & Co. hat ihre Zahlungen eingestellt.

Der Arbeitsmarkt

Langsam sinkende Arbeitslosigkeit.

In der mit dem 18. Mai endenden Woche fiel die Zahl der Arbeitsuchenden um 7520 auf 238 703, d. h. um 3,05 Proz., gegenüber einer Abnahme um 7261 gleich 2,86 Proz. in der Vorwoche. Auf Berlin kamen 194 165 Arbeitsuchende. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug 133 256, in der Krisenunterstützung 26 577, zusammen 159 835 Personen. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 102 967.

Es gibt in Berlin also „nur" noch eine Viertel Million amtregistrierte Arbeitslose, von denen Zehntausende keine Unterstützung erhalten. Die beiden Hauptunternehmer für Arbeitslose, Landwirtschaft und Baugewerbe werden vom Arbeitsamt als nicht mehr günstig bezeichnet. Bei den Angestellten war der Zugang viel größer als der Abgang. Das ist ein Zeichen, daß in nächster Zeit Arbeiter in nennenswertem Ausmaße zur Entlassung kommen werden.

Steigende Walzwerksproduktion

Sinkende Belegschaftsziffern.

Nach einem Bericht des Vereins deutscher Eisen- und Metallindustrieller hat sich im Monat April die Produktion auf 978 473 t gegen 903 139 t gehoben. Das ist eine Steigerung um 8,2 Proz., bei einem Tage weniger Arbeit. Die Aprilproduktion 1929 übertrifft die vorjährige Aprilproduktion um ebenfalls acht Prozent. Bemerkenswert ist, daß diese Mehrproduktion gegenüber dem Vorjahre mit niedrigeren Belegschaftsziffern erzielt wurde!

Diese Mehrproduktion haben auch noch andere Industriezweige zu verzeichnen. Kapital, Sozialdemokratie und Gewerkschaften nennen das Konjunktur. Diese „Konjunktur", die dem Kapital beträchtlich höhere Profite brachte, hat zur Grundlage die Hundelöhne der deutschen Arbeiter. Auf Grund der Schundlöhne können diese Industrien gegen die amerikanische Konkurrenz auftreten. Was die Konjunktur des Kapitals für die Arbeitermasse bedeutet, zeigt uns die amtliche Arbeitslosenstatistik. Die Arbeitslosenziffer ist nämlich um 50 Proz. höher als im Vorjahre.

Krach im Eisenwerk Thale

Hunderttausende von Mark Direktorengehälter und Hungerlöhne.

Die Eisenwerke Thale am Harz gehören zu den schofelsten Knochenmühlen der deutschen Eisenindustrie. Das will gewiß viel sagen. Die Antreiberei steht dort in hoher Blüte, die Löhne sind noch niedriger als anderwärts. Nicht so die Direktorengehälter. Die Paschawirtschaft in Thale ist derartig, daß sich auf der am 11. Mai stattfindenden Generalversammlung der Gesellschaft sogar die Aktionäre darüber aufregten. Herr Ottenheimer, ein Kölner Eisengroßhändler, stellte die Tatsache fest, daß in den letzten vier Jahren Vorstand und Aufsichtsrat 1,1 Millionen erhalten hätten, während in der gleichen Zeit an die Aktionäre „nur" wenig mehr, etwa 1,2 Millionen, an Dividenden ausgezahlt worden wäre. Den Direktoren, die vor dem Kriege Jahresgehälter von 24 000 Mark bezogen hätten, würden heute außer den Tantiemen Jahresgehälter von 75 000 Mark gezahlt.

Die Tantiemen aber belaufen sich oft auch bis in die Zehntausende für den einzelnen. Außerdem sind die Direktoren noch Groß-Aktionäre und nehmen an der Dividende teil. Außer den Direktoren ist es noch ein Parasit, der Frankfurter Schrottgroßhändler Adler, der sich mit diesen in den Schweiß der Arbeiter teilt und der durch seine Lieferungen Riesensummen einsteckt. Wenn Zwei sich streiten — erfährt der Dritte die Wahrheit; der Dritte ist die mehrtausendköpfige Belegschaft, die zusammen nicht das Einkommen hat, wie einige wenige Großkapitalisten. Dieses Spiegelbild der von den Gewerkschaften geförderten Wirtschaftsdemokratie ist um so beachtenswerter für die Abreiter, als es von den Kapitalisten selbst gegeben wird.

Damit nun aber die Arbeiter nicht die ungerechte Regung bekommen und vermuten, daß Herr Ottenheimer etwa aus Interesse an den geplagten Arbeitern revoltierte, müssen wir schon verraten, daß er es tat, weil — die Dividende herabgesetzt werden sollte. Außerdem propagiert Herr Ottenheimer eine Werkshandelsgesellschaft, in der er am Vertrieb der Produkte der Werke am Rebbach beteiligt sein will, wie Herr Adler an der Lieferung und die Direktoren und Aufsichtsräte, die sich selbst die Tasche füllen. Es kommt nun darauf an, ob Direktoren, Aufsichtsräte und Lieferanten, oder die Aktionäre, die „nur" auf Dividende angewiesen sind, die Mehrheit haben. Im letzten Falle wird Herr Ottenheimer an den Profiten stärker beteiligt und es wird keinen Krach mehr geben, resp. wird er nicht mehr beachtet werden.

Chronik

Auch in Holland wird geschossen. Dem „Telegraaf" zufolge ist es in der Ortschaft Finsterwolde (Provinz Groningen), wo die Landarbeiter in einem Lohnstreik stehen, zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und einer Gendarmerieabteilung gekommen, bei dem die Beamten von ihren Säbeln und der Schußwaffe Gebrauch machten. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt, einer ist seinen Verletzungen erlegen. Eine ganze Anzahl Streikende erlitt leichtere Verletzungen. Der Bürgermeister hat alle Ansammlungen von fünf oder mehr Personen verboten.

Hungersterben in England. Im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres war die Sterblichkeitsziffer mit **204 293** um 67 978 höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es ist dies die höchste Sterblichkeitsziffer, die je in der Geschichte Englands zu verzeichnen war, mit einer einzigen Ausnahme, des Jahres 1919, wo Kriegsfolgen und soziales Elend zusammenwirkten. Das diesjährige Wintersterben ist auf die Influenza-Epedemie zurückzuführen, die ausschließlich in den Elendsmassenquartieren eine fürcherliche Ernte hielt. — England hat im Durchschnitt der Nachkriegsjahre andauernd die größte Arbeitslosigkeit Europas. Influenza ist eine ausgesprochene Hungerkrankheit.

Hungersnot in Rußland. Moskau, 28. Mai. (Ost-Expreß.) Das Plenum der Zentralkommission für die Lebensmittelversorgung der Arbeiterschaft hat nach einem Bericht des Handelskommissariats eine Entschließung angenommen in der erklärt wird, daß in den nächsten zwei Monaten (d. h. bis zur neuen Ernte) eine nennenswerte Besserung in der Lebensmittelversorgung der Industriezentren nicht zu erwarten ist. Infolgedessen müsse der Konsum der verfügbaren Lebensmittelvorräte, besonders Brot und Fleisch, mit der größten Sparsamkeit erfolgen. Der Konsum von Brot in Speisehäusern und Teestuben und die Verwendung von Mehl in Konditoreien und bei der Herstellung von Makkaroni wirrd von jetzt ab möglichst eingeschränkt.

Großes Fährunglück in Rußland. TU. Kowno, 27. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, kenterte auf dem Don eine Fähre mit etwa **400** Fahrgästen. **50** Menschen ertranken, die übrigen konnten gerettet werden. Der Führer der Fähre, die überladen war, ist verhaftet worden.

Amanulla geht nach Rom. Der von Gottesgnaden legitime König aller Afghanen ist wieder ausgerückt. Habibulla, der ehemalige Sackträger und Eseltreiber, spätere Räuberhauptmann und noch spärtere General Amanullas, hat wieder die Oberhand. Der ausgerückte Gottesgnadenmensch hatte erst beschlossen, in Berlin seinen Wohnsitz aufzuschlagen, da in Deutschland die ausrangierten Könige und Kaiser am besten behandelt und am höchsten bezahlt werden. Da entsann er sich aber seiner Moskauer Tage auf Rosen und beschloß zu Stalins Freund nach Rom zu gehen. Er sagte sich, Leute, die mit Kommunisten so kurzen Prozeß machen wie die Moskauer, haben nur gute Freunde. Und so ist er unterwegs, in Bombay jetzt, nach Rom.

Der Pazifismus marschiert. Bei Friedland in Ostpreußen wurden Versuche mit künstlichen giftigen Nebel gemacht, angeblich als Abwehrmittel gegen Fliegerangriffe im Falle eines Krieges. — Sollten sich die Nebel nicht auch bei Arbeiteraufständen anwenden lassen?

Rote Lampe im Parlament. Im französischen Parlament wurde die Redezeit auf 5 Minuten beschränkt und rote Lampen eingeführt, die durch ein Uhrperk das vom Präsidenten eingeschaltet wird und dem Redner die Augen blendet, sobald er 5 Minuten gesprochen. — Noch einfacher wäre es, den Leuten die Diäten ins Haus zu schicken und jedem, der doch redet, eine Portion Prügel zu verabfolgen.

Massenausschluß aus dem mexikanischen Parlament. Die mexikanische Kammer schloß 52 Abgeordnete aus, weil sie an der Aufstandsbewegung teilgenommen haben.

Die „Rote Fahne" verboten.

Die „Rote Fahne" ist auf 4 Wochen und der „Klassenkampf"-Halle, für 3 Wochen verboten worden. Auch „Der rote Wähler", der in Berlin für die Mitglieder der KPD als Mitteilungsblatt geschaffen war, wurde verboten. — Drei Redakteure der Roten Fahne, Norden, Schrader und Hirsch wurden zu der exorbitanten Strafe von je **6000 Mark** verurteilt. Die Drei hatten die RF. nacheinander verantwortlich gezeichnet. — Gegen Pieck, Stöcker und Geschke ist ein Strafverfahren eingeleitet.

Den Leuten in Magdeburg wird das sehr zustatten kommen, denn trotz der Jongleurkunststücke der 'Opposition' wird der Panzerkreuzer weiter Unruhe stiften. Da ist es sehr gut, wenn eine größere Tribüne fehlt, von der aus zu den Arbeitern gesprochen werden kann. Die soz. Minister und Polizeipräsidenten sollten aber aus ihrer eigenen Vergangenheit wissen, daß man mit derartigen Mitteln keine Idee tötet.

Organisatorische Mitteilungen

Wichtig für alle KAZ.-Leser!

Die Abrechnung der KAZ. für Ortsgruppen und Abonnenten findet nur mit der Buchhandlung für Arbeiterliteratur statt; nur auf ihr Postscheckkonto 82 842 sind Zahlungen zu leisten. Eine andere Kassierung findet nicht statt. Versuche, Gelder durch persönliche Kassierung einzugehen, weise man zurück.

Verlag und Expedition der KAZ.

Mitgliederversammlung von Groß-Berlin

am Freitag, den 28. Juni 1929, abends 7,30 Uhr.

in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.

Referat:

Wesen und Grundsätze einer revolutionären Organisation.

Die Genossen sind verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Herausgeb. und f. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N.
Druckerei für Arbeiter-Literatur. W. Iszdonat. Berlin O 17.

10. Jahrg Nr. 23

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 8. Juni 1929

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.
Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Wahlsieg in England

Der Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratie erhielt durch den Ausgang der englischen Wahlen sozusagen den „letzten Schwung". Die dort versammelte Bürokratie jaulte auf. Die Herren Minister, Polizeipräsidenten, Ober- und sonstigen Regierungsräte bis hinunter zu den Bürgermeistern nebst allen, die in diesen erfolgversprechenden Streberbahnen wandeln, brauchten einen solchen „Sieg" als Ansporn zum Kampfe und die „Macht", wie sie sie auffassen, die politischen Resultate sind eindeutig: In Deutschland gehört nun auch die „Reichswehr" zu den politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse; sie wird jetzt zu einer Waffe für das Proletariat „neugestaltet". Es gibt überhaupt keine Einrichtung des kapitalistischen Systems mehr, das nicht sozialistisch umgebraten werden kann. Alles ist „unser". Ein einig Volk von Brüdern, das nur die richtigen Männer an die Spitze stellen muß — durch den Stimmzettel.

Das deutsche Proletariat wird bald, sehr bald, belehrt werden, daß bei Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise der Abstieg der Arbeiterklasse nicht aufzuhalten ist. Die Sozialdemokratie weiß das. Wir haben die Politik der KPD. stets als schädlich für das Proletariat bekämpft; daß jedoch die SPD., die soviel von Freiheit redet, oppositionelle Zeitungen brutaler unterdrückte als einst das kaiserliche Zuchthaussystem, bedeutet, daß sie die Kritik fürchtet. Sie weiß, daß soziale Expansionen nur möglich sind in sozialen Krisen. In Zeiten der Konsolidierung und gar des Aufschwunges würde sich jeder lebst lächerlich machen, der die Massen zum unmittelbarem Sturz des Systems aufreizen würde, das ihm Wohnung und Brot gibt.

Die englischen Wahlen, die nun eine „Entlastung" auch in internationaler Beziehung bringen sollen, werden ein gutes Beispiel dafür sein, daß der parlamentarische Sieg ein Sieg im luftleeren Raum ist.

Zwei Fragen außenpolitischer Art sind es, die die Lage sehr klar kennzeichnen: die Reparationen und Stellung des englischen Imperialismus zu den Kolonialvölkern.

Macdonald hat 1924 den von England ausgebeuteten Kolonialsklaven sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß er kein Pardon geben wird, wenn sie an ihren Ketten rütteln würden. Auch wo es sich um rein bürgerl. und nationale Eigenbestrebungen handelte, war Macdonald der glühendste Verteidiger der Raubgelüste des englischen Imperialismus. Die soziale Krise in England selbst, die in der kolossalen Arbeitslosigkeit ihren Ausdruck findet, ist ein Symptom des Niederganges des englischen Imperialismus. England verfrachtet seine Bergarbeiter in Massen wie Sklaven. Es kann sie nicht mehr ernähren.

Damit hängt auch die andere nicht minder bedeutsame Frage der Reparationen zusammen. Die Arbeiterpartei, die durch Macdonald schon jetzt ankündigen läßt, daß sie für eine „ruhige" (natürlich kapitalistische) Entwicklung eintreten wird, läßt gar keinen Zweifel daran, daß sie auf jeden Pfennig rechnet, was sie an Reparationsleistungen zu „verlangen" hat. Die Pariser Konferenz hat die Rechnung aufgestellt, die die deutschen Proletarier zu bezahlen haben. Aus ihren Knochen bestreitet Macdonald seine „Erfolge". In seinem „Programm" steckt kein Fünkchen internationaler proletarischer Politik. Macdonald und seine Partei ist die Partei der wildgewordenen Kleinbürger, weltfremd und beschränkt. Die Massen, die ihnen folgen, sind ihnen schon einmal gefolgt: 1923, und ein einziger Wahlbluff, der gefälschte Sinowjewbrief, brachte zuwege, daß sie 1926 zur Abwechslung wieder einmal auf das andere Pferd, auf die Konservativen, setzten.

Diese — wenn auch zahme und staatsfromme — Opposition ist jedoch trotzdem ein Zeichen, daß die politische Windstille zerstört ist. Das ruhige Meer der kapitalistischen Gesellschaft gehört der Vergangenheit an, und es ist kein Zufall, daß sowohl in Magdeburg als auch im englischen Wahlkampf im Mittelpunkt der sozialen Fragen stehen: Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosigkeit. Wenn auch versucht wird, an diesen Krankheitsherden der kapitalistischen Warenwirtschaft in der Art von Wunderdoktoren zu schmieren, das wirtschaftliche und soziale Chaos wird wachsen und letzten Endes die schwindelhaften Kurpfuscher entlarven. Viel grundsätzliche Aufklärung wird noch nötig sein, aber der beste und unerbittlichste Lehrmeister wird auch hier — wie immer — Meisterin Geschichte bleiben.

In den immer wiederkehrenden Krisenstürmen werden die Massen erkennen lernen, daß sie selbst, von unten auf, anpacken müssen. Daß nur eine radikale Umwälzung der Verhältnisse im kommunistischen Sinne Rettung bringen kann. Daß der Parlamentarismus und die Burgfriedenstaktik der Gewerkschaften das Uebel nicht heilen, sondern es brauchen, um davon existieren zu können und daß das internationale Proletariat seine historische Mission nur erfüllen kann, wenn sie allen nationalistischen Ballast über Bord wirft und sich im internationalen revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System die Hände reicht.

Der Fünfjahresplan der russischen Regierung

II.

Im ersten Artikel ist im einzelnen nachgewiesen, daß das gesamte System der Planwirtschaft an dem überragenden Einfluß der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft gescheitert ist und daß auch der neue Fünfjahresplan durch die Sabotage der Landwirtschaft durchbrochen werden soll. Die führenden russischen Politiker sind sich auch vollkommen über den Widerstand klar, der ihren gesamten Wirtschaftsplänen von dieser Seite droht. Das November-Plenum des ZK. hat festgestellt, daß „das äußerste Niveau der Landwirtschaft, besonders ihren Getreidezweigen, die Gefahr einer Spaltung zwischen der sozialistischen Stadt und dem kleinbäuerlichen Dorf in sich birgt, folglich die Gefahr einer Verletzung der Hauptvoraussetzung, die der sozialistischen Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft zugrunde liegt". Diese Gefahr ist um so größer, als die Landwirtschaft weit hinter dem Entwicklungstempo der Industrie zurückgeblieben ist. Während die Industrie das Niveau des Jahres 1913 gerade erreicht hat, trotzdem sie noch in einzelnen Produktionszweigen erheblich hinter der Vorkriegszeit zurückbleibt, so muß bei der Landwirtschaft ein starker Rückgang des Ertrages verzeichnet werden. Bei der Aufstellung des Fünfjahresplanes ist mit einer weiteren Erhöhung der Industrieproduktion gerechnet worden. Sie soll in 5 Jahren um 115 Prozent nach der Ausgangsfassung und um 145 Prozent nach der optimalen Fassung des Planes steigen. Dagegen ist die Erhöhung der Gesamtproduktion der Landwirtschaft mit 42 bzw. 54 Prozent angesetzt. Auf der einen Seite ist also eine Ueberentwicklung der industriellen Produktion geplant, während bei der Landwirtschaft nach der bisherigen Entwicklung mit einer Unterproduktion zu rechnen ist. Deshalb macht auch die Rekonstruktion der Landwirtschaft die allerschwersten Sorgen. Gelingt es nicht, die Produktion der Landwirtschaft zu heben, so scheitert das gesamte Aufbauprogramm. Die Erhöhung der industriellen Produktion hat nur dann einen Zweck, wenn die Landwirtschaft in der Lage ist, sie aufzunehmen. In dieser Richtung bestehen aber nicht die allergeringsten Voraussetzungen. Die Getreideanbaufläche ist seit der Vorkriegszeit in den letzten drei Jahren dauernd zurückgegangen.

Dies ergibt folgende offizielle Zusammenstellung:

1926/27	92,9
1926/27	92,9
1927/28	94,6
1928/29	92,2

Pro Kopf der Bevölkerung entfällt heute nur 83,8 Prozent der Vorkriegs-Getreideanbaufläche. Ein ähnliches Bild zeigt auch die Getreideernte.

Gesamternte an Getreide (in Millionen Tonnen)

1913	96,6
1925/26	74,5
1926/27	78,2
1927/28	73,6
1928/29	(Voranschlag) 73,3

Charakteristisch für den Stand der russischen Wirtschaft ist, daß chemische Düngemittel im Jahre 1927/1928 175 000 Tonnen für das gesamte Riesenreich produziert wurden. Der neue Jahresplan sieht eine Produktion von 8/9 Millionen Tonnen vor. Von der Getreideproduktion im Jahre 1913 mußten 140 Millionen Menschen leben, während mit dem ganz erheblich geringeren Betrag von fast 20 Prozent 154 Millionen auskomen müssen. Die Regierung kann auch nur eine sehr geringe Industrialisierung der Landwirtschaft feststellen. Die Zahl der Traktoren ist vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1928 von 9000 auf 32 000 gestiegen. Die Versorgung mit landwirtschaftlichen Maschinen betrug im Jahre 1924/25 62 Millionen Rubel und stieg im Jahre 1927/28 auf 149 Millionen. Zu allem Unglück kam noch hinzu, daß durch die Revolution sich noch die Bauernwirtschaften von 16 auf 25 Millionen erhöhten. Gerade dieser landwirtschaftliche Kleinbetrieb hindert eine erhöhte Belieferung des Marktes mit Getreide. Dies hat auch endlich die russische Regierung erkannt und versucht jetzt zum Großbetrieb überzugehen, weil dieser allein eine Erhöhung der Marktproduktion bedeutet.

Für den neuen Fünfjahresplan sieht die Regierung eine Erweiterung der Saatfläche um 22 Prozent und eine Hebung des Bodenertrages um 35 Prozent vor. Das Ziel zu dieser Entwicklung soll durch Schaffung einer landwirtschaftlichen Großproduktion erreicht werden. In der Resolution zum Referat von Kalinin ist die Entwicklung dahin aufgezeichnet: Entweder die Schaffung großer, kapitalistischer oder Kulakenwirtschaften, oder aber Schaffung einer sozialistischen Großwirtschaft (Sowjetgüter, Vereinigung der Kleinwirtschaften in Kollektivwirtschaften, Kommunen, Produktionsgenossenschaften und Gesellschaften usw.). Man muß zugestehen, daß „die kapitalistischen Elemente in den Jahren der Nep absolut gewachsen sind". Die Großbauern und wohlhabenden Bauernwirtschaften verfügen allein über 30 Prozent des Marktgetreides. Sie haben also bei der unglaublichen Knappheit an Brotgetreide, die jetzt in Rußland zur Einführung der Brotkarte, des sog. Einkaufbüchleins, geführt hat, die entscheidende Position. Zu dieser Schicht müssen aber nach dem eigenen Eingeständnis der Regierung auch die mittleren Bauern hinzugerechnet werden, die „sich mitunter den wucherischen Bauernelementen anschließen, ihre Versuche unterstützen, die planwirtschaftliche Preispolitik des proletarischen Staates zu durchkreuzen".

Das Wesen der russischen Wirtschaft ist am charakteristischsten durch die Worte Lenins gekennzeichnet. „Das oberste Prinzip der Dikatur ist das Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft, damit das Proletariat sich die **leitende Rolle** erhalten und sich an der Staatsmacht halten kann." Dieses Bündnis hat bisher zur vollkommenen Befreiung der Bauernschaft von der „Diktatur der Arbeiter" geführt. Sie haben sich vollkommen kapitalistisch selbständig gemacht und drohen die sog. Kommandohöhen des Kommunismus zu unterminieren und dann zu sprengen. Diese Erkenntnis ist schließlich auch der russischen Regierung gekommen. Sie hat sich daher zu „neuen Formen des Zusammenschlusses zwischen Arbeiterklasse und Bauern" entschlossen. Sie bestehen nach der Zusammenstellung in der vorgenannten Resolution darin, daß „eine große vergesellschaftete Wirtschaft durch die Vergenossenschaftung der Produktion, durch eine Kolleptivisierung, die der kleinen und Zwergwirtschaft unter Mithilfe und Führung der Sowjetmacht ermöglichen soll, sich auf Grund der kollektiven Arbeit zu größeren Einhalten zusammenzuschließen und sich auf ein höheres Niveau der technischen Kultur emporzuheben." Mit anderen Worten, es soll durch Staatsgüter und Landbund-Organisationen ein Gegengewicht gegen die den Markt beherrschende Großbauernwirtschaft geschaffen werden. Die sog. Sowjetgüter oder besser staatliche Domänen genannt, sollen den sozialistischen Sektor vergrößern. Die Steigerung in der Landwirtschaft ist nach dem Plan von zwei auf 15 Prozent vorgesehen. Das Wachstum der Anbaufläche in diesem Sektor soll im Jahre 1933 26 Millionen Hektar (17,5 Prozent der gesamten Anbaufläche) erreichen und wird im gleichen Jahr 15¼ Proz. der Gesamtproduktion darstellen. Der individuelle Sektor, d. h. der privatkapitalistische, soll sein zahlenmäßiges Wachstum beibehalten, d. h. er wird immerhin noch 73,2 Prozent der Gesamtproduktion ausmachen. Der Rest von 11,8 wird von dem Anteil der Kollektivwirtschaften, d. h. der genossenschaftlichen Wirtschaften, ausgefüllt. Diese Entwicklung wird als eine „Verstärkung des sozialistischen Elements in der gesamten Volkswirtschaft" angesprochen. Die Idee ist schon längst durch die Entwicklung überholt. Die Genossenschaften haben sich in der Praxis immer als Stützen der Großagrarier gezeigt. Es wäre auch verwunderlich, wenn dies nicht der Fall wäre. Denn gerade der Zusammenschluß soll ihnen ja dieselben Vorteile wie den Großagrariern sichern.

B2

In der ersten Periode des Wachstums, solange sie noch nicht eine fest wirtschaftliche Position haben, werden sie selbstverständlich noch die Pläne der Regierung unterstützen. Sobald aber ihre wirtschaftliche Unterlage gesichert ist, werden sie selbstverständlich sämtliche Vorteile, die ihnen die rein kapitalistische Orientierung, also die freie Wirtschaft gegenüber der Zwangswirtschaft bietet, wahrnehmen. Augenblicklich gehen sie noch auf die Angebote der Regierung auf Abschluß von Lieferungsverträgen ein, weil ihnen diese Liefrungsverträge eine sichere Unterlage für den Aufbau bieten. Durch das System der Lieferungsverträge („Kontration") erhalten sie die Möglichkeit einer vorzugsweisen staatlichen Berücksichtigung ihrer Interessen. Insbesondere werden sie bei der Belieferung mit landwirtschaftlichen Maschinen, Samen, Kunstdünger usw. bevorzugt. Daß auch die Mittelbauern, die auch nicht kapitalkräftig genug sind, sich dieser Institution bedienen werden, dürfte ebenfalls anzunehmen sein. Es liegt ja keine Veranlassung vor, daß sie eine Subvention durch die Regierung ablehnen sollen. Grob irreführend ist es aber, wenn diese Entwicklung rein genossenschaftlicher Art als Tendenz zur Kollektivwirtschaft bezeichnet wird. In jedem kapitalistischen Staat geschieht genau dasselbe. Es wird durch Zusammenschluß bzw. Zusammenlegung der kleinen und Zweigbetriebe eine erhöhte Marktbelieferung zu erreichen gesucht. Was bedeutet es denn praktisch, wenn 18 Prozent der Saatfläche oder 25 Prozent der Produktion unter dem Einfluß der Regierung stehen und dabei nur 15 Prozent Großbetrieb sind. Die neuen Wirtschaften sollen bis zum Jahre 1932 die Produktion von 1,6 Millionen Tonnen Marktgetreide aufbringen. Gegenüber dem oben in Ziffern gekennzeichneten Bedarf ist dieses Aufkommen außerordentlich gering, zumal wenn man berücksichtigt, daß man während der gleichen Zeit mit einer Steigerung der Bevölkerung von 18 Millionen Menschen rechnen muß. Die auf jeden einzelnen entfallende Menge Getreide dürfte gerade das Vorkriegsniveau erreichen, das bekanntermaßen schon außerordentlich gering war.

Die weiteren Mittel zur Stärkung des Bündnisses der Arbeiterklasse sind Steuererleichterungen für den Mittelbau, also ein ganz typisches kapitalistisches Mittel, zur Erhaltung der Rentabilität der gegenüber der Großwirtschaft benachteiligten Mittelbauern. Die Landwirtschaftssteuer soll um 50 Millionen Rubel herabgesetzt werden. Den mittleren und armen Bauern wird die Befreiung des gesamten Zuwachses an Saatfläche für die kommenden zwei Jahre von jeder Steuer zugesagt. Die Einkommensteuer wird fallengelassen. Eine Erhöhung der Besteuerung für die nächsten drei Jahre wird ausdrücklich verboten. Ferner werden Steuervorteile für Bauernwirtschaften mit vielen Köpfen, ferner für Wirtschaften mit viel Felderwirtwirtschaft zugesagt.

Schließlich sieht noch die russische Regierung eine Erweiterung des Produktionsprogramms der im Bau befindlichen Traktorenfabrik von Stalingrad um 20 Tausend Traktoren jährlich zur Maschinisierung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften vor, mit einem Wort, die mittlere und kleine Bauernwirtschaft soll mit allen Mitteln unterstützt werden, um sie zur Erweiterung der Produktion über den eigenen Bedarf hinaus zu veranlassen. Die Resolution faßt dies dahin zusammen, daß „die Bodenbehörden zu Organisatoren der großen sozialistischen Landwirtschaft und zu Führern der agrikulturellen Revolution in der Landwirtschaft werden müssen". Diese großen Phrasen können nicht verdecken, daß es sich hier um ein ganz gewöhnliches kapitalistisches Produktionshebungsprogramm durch organisatorische und technische Verbesserung der Lage der kleinen und mittleren Betriebe handelt, welches notwendig ist, um eine starke Abnehmerschaft für die industrielle Produktion zu schaffen. Warum dieses Programm sozialistisch genannt wird, ist vollkommen unverständlich. Es enthält nicht die geringste Beziehung zu einem auf den Bedürfnissen der Arbeiterschaft aufgebauten und nach ihnen geregelten Plan. Die Produktion bleibt vollkommen in den Händen der kapitalistisch orientierten Bauernschaft. Es ist lediglich eine Art Preisregulativ dadurch geschaffen, daß der Staat über einen gewissen Prozentsatz der Produktion verfügt und so die Möglichkeit hat, das Monopol der privatkapitalistischen Produzenten in gewisser aber geringfügiger Weise zu beeinflussen. Es ist genau so, als wenn in Preußen ein Teil des Bergbaues sich im Besitz des Staates befindet.

Wenn man die Aussichten der Verwirklichung des Planes danach einschätzt, so sind sie außerordentlich gering. Allein die Tatsache, daß augenblicklich in Rußland die Brot- und Zuckerkarte eingeführt ist, beweist, daß die landwirtschaftliche Produktion völlig von den Kulaken beherrscht wird. Die Industrialisierungspläne sind daher vollkommene Hirngespinste. Man plant eine Erhöhung der Produktion für das letzte Jahrfünft in Eisen und Stahl von 4,1 Millionen auf 10 Millionen Tonnen, der Kohlenproduktion von 36 Millionen auf 75 Millionen Tonnen, der Elektrowirtschaft von 5 Milliarden Kilowattstunden auf 22 Milliarden Kilowattstunden. Die Steigerung der Produktion im Maschinenbau wird auf das Dreifache berechnet. Die gesamte Industrie soll eine Vergrößerung um 175 Prozent erfahren. Prozentual gesehen ist selbstverständlich diese Steigerung außerordentlich hoch; wenn man aber das Investierungsprogramm betrachtet, so ist dies außerordentlich gering. Die Kapital-Investierungen der Industrie sind mit 11 bis 14 Milliarden Rubel und in der Landwirtschaft mit 22,8 bis 24 Milliarden Rubel einschließlich der Investierung der Einzelproduzenten vorgesehen. Eine Summe von etwa 2 Milliarden Rubel jährlich für die Industrie ist geradezu minimal, wenn man demgegenüber die Höhe der Investierung in den westeuropäischen Industrieländern heranzieht. Das deutsche Kapital hat in der Zeit seit der Stabilisierung der Mark allein ein Kapital von 10 Milliarden Reichsmark jährlich im Durchschnitt des letzten Jahrfünft für den Aufbau der deutschen Wirtschaft verwendet. Es ist aber auch noch sehr fraglich, ob die geplanten Kapital-Investierungen auch tatsächlich erfolgen können. Dies hängt, wie schon erwähnt, von der Entwicklung der Landwirtschaft ab. Es ist vollkommen überflüssig, sich noch im einzelnen mit diesem Plan zu beschäftigen, weil er doch zum größten Teil lediglich auf dem Papier steht. Interessant sind nur noch einige Ziffern, die beweisen, das selbst der Plan keineswegs eine Lösung der Schwierigkeiten der russischen Wirtschaft bedeutet. Rykow muß selbst zugeben, daß die Industrie 25 Tausend neue Spezialisten in den 5 Jahren erfordert, die die Regierung ihnen nicht geben kann. Ferner rechnet man mit einer Erhöhung der Zahl der erwachsenen Arbeiter in den 5 Jahren um 9 Millionen, dagegen ergibt der Plan nur die Möglichkeit, 4 Millionen Lohnarbeiter neu unterzubringen. Da augenblicklich über eine Million Arbeitslose vorhanden sind, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Plan eine Arbeitslosenziffer von 5 Millionen mit sich bringen wird. Es wird also nicht nur nicht die augenblickliche Arbeitslosenzahl aufgesogen, sondern noch um das Fünffache vergrößert. Dabei wird noch die Arbeitszeit auf 7 Stunden für sämtliche Industriearbeiter verkürzt. Praktisch bedeutet dies, daß das neue Programm 5 Millionen Arbeitslose zum Hungertode verurteilt, während umgekehrt der Plan davon ausgehen müßte, diese 5 Millionen in den Produktionsprozeß einzureihen. Da aber die Rentabilität und nicht die Bedürfnisse der Arbeiterschaft maßgebend sind, so bleibt es bei den 5 Millionen Arbeitslosen. Dies ist der Erfolg der Planwirtschaft.

Politische Rundschau

Unterzeichnung in Paris

Der Pakt mit den Zahlungsbedingungen, wie wir sie in letzter Nummer mitteilten, ist am Freitag, den 7. Juni von sämtlichen Delegierten unterzeichnet worden, nachdem in der letzten Woche die Einigung Deutschlands mit Belgien perfekt wurde. Damit hat Deutschland seine sämtlichen Forderungen auf territoriale Erweiterung formell fallen gelassen, auch das Recht, Eupen-Malmedy gegen 240 Millionen Mark zurückzukaufen.

Dagegen hat sich Deutschland verpflichtet, an Belgien weitere 25 Millionen Mark jährlich, 37 Jahre hindurch zu zahlen. Es ist dies die Entschädigung für die Marknoten, die der deutsche Militarismus während seiner Besetzung Belgiens ausgegeben hatte und die nach der Vertreibung der Preußen die belgische Staatsbank im Betrage von 6,1 Milliarden Mark einlöste. Bekanntlich hatte sich schon Erzberger als Finanzminister bereit erklärt, den Betrag von 6 Milliarden Mark für diese Kriegsverbrechen des deutschen Militarismus an Belgien als Sonderzahlung zu leisten. Das deutsche Proletariat muß als Strafe für seine ihm von seiner Sozialdemokratie auferlegte Durchhaltepolitik den Hungerriemen noch um ein Loch enger schnallen, als es der neue Reparationsplan schon an sich bedingt.

Die nächste Reparationskonferenz

findet, wie Echo de Paris mitzuteilen weiß, Ende Juli in London statt. — Was sollten sonst die Diplomaten auch mit ihrer Zeit und die Regierungen mit den Steuern der Arbeiter anfangen?

Magdeburg

Der Parteitag der SPD. ist zu Ende gegangen und hat sich bis zum Schluß in nichts von einer guten katholischen Gebirgsländler-Messe unterschieden. Der Vorwärts kann mit Stolz darauf hinweisen, „daß es grundsätzliche Gegner jeder Koalitionspolitik in der Partei nicht mehr gibt". Besser konnte die „Opposition" und die „Richtung" um die „Leipziger Volkszeitung" der früheren Usepeter nicht abgeohrfeigt werden.

Das muß man wohl sagen: Noch nie hat eine Gruppe einer politischen Organisation, die sich selbst Opposition nennt, eine kläglichere Rolle gespielt als die kleinen Schreier in Magdeburg. Kein ernstes Wort gegen Hilferdings ungeheure Steuerpolitik, kein ernstes Wort gegen die Zörgiebelei. Reichstagsfraktion und Minister erhalten Absolution für alles was sie am Proletariat verbrachen, haben Sanktion für alles, was sie im Interesse des Imperialismus zu tun gedenken. Der Geist der Opposition erschöpfte sich im Rügen in einem einzigen winzigen Pünktchen kapitalistischer Politik der Partei, im Panzerkreuzerchen.

Das alles ist nur zu erklärlich. Die Opposition ist die loyale Opposition Hermann Müllers, an dessen Krippen sie sitzt oder noch heranzukommen gedenkt. Und da ist der Weg der „Opposition" oft der kürzere.

Wenn man von der Panzerkreuzerpartei auch keine sozialistische Politik mehr erwartet hat, diese offensichtliche Abschwenkung als Ganzes ins offene kapitalistische, ja ins imperialistische Fahrwasser ist dennoch überraschend für eine Partei, die immerhin auch künftig noch auf Arbeiterstimmen angewiesen ist. Die Herren halten das deutsche Proletariat schon so versimpelt, das sie mit offenen Karten spielen können.

Wir kommen in einem ausführlichen Artikel in der nächsten Nummer noch auf den Magdeburger Parteitag zurück.

Arbeiterregierung in England

Der kreißende Berg hat ein kleines Mäuslein geboren, oder, wenn man will, eine Knute für die Arbeiter. Der „Sieg" der Arbeiterpartei besteht nämlich ausschließlich in dem großen Geschrei der künftigen Minister- und Postenanwärter, das allerdings noch übertönt wird durch das Geschrei der Sozialdemokratie der anderen Länder.

Der Mandatgewinn der englischen Arbeiterpartei ist für die Koalition der deutschen Sozialdemokratie von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Er ist für sie ein Prestigegewinn bei der Bourgeoisie bezüglich der Außenpolitik. Auch die französische Sozialdemokratie hat ob des englischen Mandatgewinnes Ministergelüste bekommen und hat beschlossen, sich bei passender Gelegenheit an der Regierung zu beteiligen. Sie hofft, daß das englische Beispiel den Widerstand der französischen Arbeiter gegen eine Beteiligung an der Regierung brechen wird.

Anders sieht es in England aus. Es ist zu bezweifeln, daß die Labour Party bei den eben beendeten Wahlen viel Stimmen aus Arbeiterkreisen mehr bekommen hat. Eher ist anzunehmen, daß sie Arbeiterstimmen in nicht zu unterschätzender Anzahl verloren hat. Wohl ist nicht zu bestreiten, daß die englische Partei in sehr bedeutender Weise ins Bürgertum weiter eingedrungen ist. Die Labour hat nämlich bedeutend weniger Stimmenzuwachs, als Mandatgewinn. Dagegen hat die konservative Partei rund 200 000 Stimmen mehr als die Arbeiterpartei. Der „Sieg des sozialistischen Gedankens" besteht lediglich in einer sonderbaren Wahlkreisgeometrie, die zu Gunsten der Arbeiterpartei ausgeschlagen ist. Die Liberalen z. B. haben fast zwei Drittel der Stimmen der Labour, aber nur ein Fünftel der Sitze.

Die Opposition unter der englischen Arbeiterschaft gegen die Labour Party und ihre Gewerkschaftspolitik ist in ständigem Wachsen. Die Gewerkschaftsopposition, die allerdings wohl nur gefühlsmäßig revolutionär ist, hat die Million schon überschritten. In der Bourgeoisie allerdings haben die Macdonald, Henderson, Thomas und Konsorten an Ansehen bedeutend gewonnen. Sie haben das reichlich verdient. Von dem Zuchthausgesetz, genannt Gewerkschaftsgesetz, das jeglichen Streik verbietet wie der Faschismus in Italien, fiel während des ganzen Wahlkampfes auch nicht ein Wort. Es ist klar, daß die neue „Arbeiterregierung" nicht daran rütteln wird. Dafür bürgt schon die große Anzahl bekannter konservativer Führer unter ihren Abgeordneten, die sich einfach bei der Arbeiterpartei als Kandidaten aufstellen ließen, weil sie voraussahen, daß die Glocke der konservativen Regierung geschlagen hat. Zu ihnen gehören z. B. der Sohn des bisherigen konservativen Ministerpräsidenten Baldwin, ein Großgrundbesitzer, mehrere andere Großgrundbesitzer, mehr als 1 Dutzend erzreaktionärer Pfaffen und anderes Gelichter aus der Bourgeoisie, das erkannt hat, daß sie die Arbeiterschaft am besten korrumpieren können, wenn sie ihrer Partei angehören. Die fortschreitende Radikalisierung gebietet der englischen Bourgeoisie mit zwingender Notwendigkeit die „Arbeiterregierung", denn auch die englische Arbeiterschaft kuscht noch zu einem großen Teile, wenn der Befehl dazu von ihren eigenen Göttern kommt. Außerdem hat Macdonald ein über das andere Mal versichert, daß er allen seinen Einfluß aufbieten werde, der Industrie eine ruhige Entwicklung zu gewährleisten.

Es erhielten:

	Stimmen	Mandate
Konservative	8 455 500	255
Arbeiterpartei	8 265 100	288
Liberale	5 160 000	58
Bei keiner Partei	300 000	8
„Kommunisten"	51 000	—

Sechs Wahlkreise stehen zur Zeit der Drucklegung der Zeitung noch aus. Von den zu keiner Partei Gehörenden sind vier irische Nationalisten, die aus Opposition gegen Konservative und Liberale mit der Arbeiterpartei stimmen werden. Die KP. hat ihr einziges Mandat verloren, trotz der sichtlich steigenden Radikalisierung der englischen Arbeiterschaft. Ein Zeichen, daß die Moskauer Aktien in der ganzen Welt gleich schlecht stehen.

Wofür Hilferding Geld hat

Tschechischer Militärspion wird von Deutschland bezahlt.

In Prag wurde der Hauptmann im tschechischen Generalstab Falout verhaftet. Es ist erwiesen, daß er 2 Jahre lang Geheimdokumente aus geheimen Tresoren stahl, sie im Flugzeug nach Dresden und Berlin fuhr, wo sie photographiert und dann wieder zurück nach Prag gebracht wurden. Herr Falout hatte einen echten deutschen Paß auf den Namen Friedländer. Wie das sozialdemokratische Prawu Lidu, Prag, mitteilt, bezog Herr Falout neben den hohen Spesen monatlich 8000 Mark. Falout war vor ein paar Jahren noch so im Druck, daß er sich aus der Offizier-Unterstützungskasse 25 000 Kronen lieh. Seit Jahren aber lebt er auf großem Fuße. In manchen Nächten schlug er viele tausend Kronen auf den Kopf. Wie Herr Falout bei seiner Vernehmung angab, beging er die Spionage (zu Gunsten Deutschlands?) zusammen mit einem höheren Offizier.

Die deutsche Arbeiterschaft interessiert bei dieser Sache die Geldquelle. Herr Hilferding, der so in der Geldklemme sitzt daß er den Arbeitern die Lebenshaltung durch höhere Steuern belastet und die Arbeitslosenversicherung verschlechtern will, hat das Recht und die Pflicht, die Ausgaben des deutschen Wehrministeriums zu kontrollieren. Ist die Sozialdemokratie mit dieser kostspieligen Militärspielerei einverstanden, die ihr Schützling Geßler begann? Da die Sozialdemokratie selbst nicht daran glaubt, daß die deutsche Reichswehr für irgend einen Krieg in Frage kommt, kann es sich nur darum handeln, die Rüstung gegen die Arbeiterklasse zu vervollständigen. Das jedenfalls liegt sehr in ihrem Interesse.

Oesterreich

Kadaver „Austromarxismus"

Wien, Anfang Juni 1929.

Ein toter Hund ist begraben worden: Der „Austromarxismus". Schon vor einem Jahre hat Austerlitz es im „Kampf" selbst gesagt, daß es keinen Austromarxismus gibt, daß die österreichische Partei sich durch gar nichts von den sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder unterscheidet — Anhänger, die sich fanatisch die Augen zudrücken, um nichts zu sehen, müßten eigentlich die offizielle Einsargung aller ihrer Illusionen zur Kenntnis nehmen — wir aber zerdrücken keine Träne, wir spucken auf das Grab, in welchem der stinkende Kadaver des demokratischen Weges zum Sozialismus nun in Ellenbogens Gott ruht . . . denn wir wissen, daß das Ende der Sozialdemokratie der Anfang einer wirklichen Arbeiterbewegung sein wird. Was war der „Austromarxismus", was wollte er, wie schmeckte er? Wer zum ersten Male die Galerie des „Hohen Hauses" betritt und die grinsenden Glatzen mit den wackelnden Totenkopfzähnen erblickt, welche die sozialdemokratische Fraktion bilden, der weiß es sofort ganz unmittelbar und dem kann man es gar nicht noch näher erklären, was der „Austromarxismus" ist, ein herübergerettetes Fortwursteln aus uralter Zeit, Spiritusreliquie, ein Stück Museum der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, soziale Gesinnung, wie man sie in den achtziger Jahren getragen hat — weiß der Teufel, welcher Dummkopf dafür den Namen Austromarxismus erfunden hat. Tonfall und Mimik von alten, längst verstorbenen Schauspielern leben hier fort und stellen sich auf den Boden der Tatsachen, wie die Bourgeoisie ihn schafft. Es ist eine Welt für sich, deren Gesetze die Gesetze der Wahlgeometrie sind. Wie kommen diese Leute wirklich dazu, sich von der übrigen bürgerlichen Presse als „Austromarxisten" beschimpfen zu lassen? Was haben sie jemals mit Marxismus zu tun gehabt? Der alte Pernerstorfer war ein reiner Deutschnationaler, ein Kleinbürger, der die Kapitalisten insoweit haßte, als er sie mit den Juden identifizierte. In Viktor Adlers Brust wohnten zwei Seelen, eine hohenzollernsche und eine habsburgische; im Laufe der Jahre gewann die habsburgische die Oberhand und während des Zusammenbruches erblickte der greise Politiker seine Aufgabe nur mehr darin, wenigstens das Staatsgebiet der alten Monarchie beisammen zu halten, wie unlängst wieder in der Arbeiter-Zeitung zu lesen war. Zum schwarzgelben Flügel gehört ferner Renner, während Leuthner, Bauer, Austerlitz wiemehr schwarzrotgelb orientiert sind. Von einer Blässe Marxismus ist keiner angekränkelt. Nicht zu vergessen: Ueber ihnen allen thront Ellenbogen, der Prophet des religiösen Sozialismus, der Katholik mit der verklärten Judennase, dessen Reich (mit Ausnahme der Diäten), nicht von dieser Welt ist und der dem Sozialismus den Weg bereitet im Himmelreich. Natürlich gab es früher, in den guten Zeiten, auch eine wissenschaftliche Abteilung, die sich ja im Anhang von Rosa Luxemburgs Akkumulation angenehm vorstellt. Hier war es besonders Hilferding, der jetzige Stuerpresser der deutschen Bourgeoisie, der dem deutschen Arbeiter das Blut auf kaltem Wege abzapft, und damals, in seinen theoretischen Zeiten, jene Lehre schuf, wonach der Kapitalismus durch internationale Vertrustung zuletzt in einen **friedlichen Ueberimperialismus** übergeht. Den Weg zu diesem friedlichen Ueberimperialismus muß halt „Genosse" Zörgiebel ein bißchen mit dem Panzerauto freimachen . . .

Der eigentliche Führer der heutigen SPOe., der „Taktiker", ist Seitz. Da sich sein Verstand am vollkommensten mit dem des Durchschnittswählers deckt, weiß er immer die beste Taktik anzugeben, d. h. diejenige Politik, welche bei der durch „Kleines Blatt", „Arbeiter-Zeitung" und „Kuckuck" entsprechend vorvertrottelten „Masse" am meisten Anklang findet. Was der dümmste Kerl im Lande denkt, ist entscheidend für die Politik und Taktik einer Massenpartei — das mögen sich alle Massenschwärmer gut einprägen — je stärker eine parlamentarische Partei wird, um so schwächer wird sie; denn sie muß immer mehr Rücksicht nehmen auf Kleinbürger, Bauern usw., je mehr sie sich ausdehnt, bis sie zum Schluß überhaupt keinen Schritt mehr machen kann, nicht vorwärts und nicht zurück. So kommt es, daß eine Partei von 700 000 Mitgliedern ohnmächtig ein paar mit fünf Schilling bezahlten Heimwehrbuben gegenübersteht und sich unter ihre Führung begibt. Hieraus müssen wir lernen, daß es nicht unsere Aufgabe ist, die Masse zu gewinnen, sondern einen Teil des Proletariats zu mobilisieren, diesen aber auch wirklich kampffähig zu machen. Die Masse selbst wird immer dem stärkeren Impuls folgen. Nicht daß die SPOe. keine Waffen besitzt, ist die Ursache ihrer Schwäche, sondern daß sie gar nicht einmal davon träumen darf, einmal so zu tun, als ob sie einmal eine Waffe in die Hand nehmen könnte — weil ihr da sofort die halbe Anhängerschaft davonläuft, das ganze Pack von Kleinbürgern, die um ihre Scheiben zittern, von demokratischen Bourgeois, von Bauern, verspießerten Arbeitern usw. Läuft aber die Hälfte der Anhängerschaft davon, dann ist auch die Hälfte der Bonzokratie postenlos, dann ist es aus mit all den Diäten und Fressalien, die man aus der Hand des bürgerlichen Staates frißt, dann zerkracht das Ganze, denn ein Apparat, der auf den Stimmzettel aufgebaut ist, kann auch nur mit dem Stimmzettel arbeiten.

Vor ein paar Jahren hatte die Partei den Arbeitern noch so etwas wie eine Perspektive zu geben. Mehrheit im Parlament und sozialdemokratische Regierung. Daß diese Mehrheit ja schon von 1918—1920 da war und gerade damals der zusammengebrochene Kapitalismus wieder aufgebaut wurde, daß die Arbeiterpartei in Australien 15 Jahre lang die Mehrheit gehabt hat, ohne daß am Kapitalismus und der Ausbeutung daurch irgend etwas sich geändert hätte, davon wurde natürlich nicht gesprochen. Die Mehrheit sollte das Paradies bringen. Danneberg rechnete schon in Prozenten aus, wie wenig Stimmenzuwachs nur mehr nötig war . . . da kam der 15. Juli. Ein kleiner Zusammenstoß mit der wirklichen Macht im Staate, mit der Gewalt. Von Mehrheit und Sozialismus wird seither nicht mehr gesprochen. Man forderte nur mehr Befriedung, innere Abrüstung, Entspannung. Der Bourgeoisie fällt es nicht ein, zu entspannen: sie spannt den Hahn an, will das Proletariat restlos niederwerfen. Es genügt ihr nicht, an der Sozialdemokratie einen treuen Hund zu haben: denn heute oder morgen kann es ja dem Proletariat einfallen, sich um die Dreckpartei gar nicht mehr zu kümmern und selbst zu kämpfen. Daher die ungeheure Kraftanstrengung, mit der der Faschismus in die Höhe gebracht wird. Die Sozialdemokratie gibt das Letzte preis, den Mieterschutz, um der Bourgeoisie zu zeigen, wie überflüssig der Faschismus ist. In anderen Ländern war der Mieterschutz im wesentlichen eine Exportprämie für die Industrie, in Oesterreich ist er eine absolute Lebensnotwendigkeit. Ein Ländchen, in welchem Hunderttausende jahraus, jahrein arbeitslos herumsteigen, in welchem die Hälfte der Bevölkerung von Bettelei lebt, ist ohne Mieterschutz unmöglich, kein Mensch weiß zu sagen, was die Hunderttausende ohne Wohnung anfangen werden — da sagt derselbe Danneberg, der vorhin die Stimmen ausgerechnet hat, daß der Mensch **nicht von der Wohnung allein lebt**, und weist auf Deutschland und Amerika hin, wo es keinen Mieterschutz gibt und die Arbeiter besser leben als in Oesterreich. Die Bourgeoisie schluckt den Mieterschutz, sie bewilligt den Agrariern Zölle, die eine wahnsinnige, seit Kriegsende nicht erhörte Teuerung zur Folge haben, sie hetzt die Heimwehrbewegung im Eilzugstempo vorwärts, kein Tag vergeht, ohne Terrorakte und blutige Ueberfälle auf das Proletariat — die Bourgeoisie tut alles, um den Geduldsstrick des Arbeiters zum Reißen zu bringen, denn sie kennt den österreichischen Arbeiter sehr genau. Der österreichische Arbeiter ist politisch ziemlich unaufgeklärt, stimmungsmäßig aber ist er revolutionär. Es kocht in ihm, aber er weiß nicht, was tun, und den Parolen derjenigen Partei folgend, die einmal da ist, läßt er sich nicht provozieren. Erreichen dann die Peinigungen durch die Bourgeoisie das Aeußerste, so daß ihm der Geduldsstrick reißen muß, dann macht er wieder einen wilden Radau, wie am 15. Juli, einen Aufstand ohne jede Vorbereitung, ohne eine Spur von Plan, von Waffen, Verteidigungsmitteln, so daß es der Ordnungsmeute leicht wird, in einem ungeheuren Blutbad die Revolte zu ersticken, das Proletariat vollständig niederzuwerfen und den offenen Faschismus zu etablieren. Das ist die Politik der Bourgeoisie, einfacher und anspruchsloser ist die der Sozialdemokratie. So hoch wie die Severinge und Hendersons, die den Faschismus in eigene Regie übernehmen wollen, versteigen sich die Seitze heute nicht mehr; sich hineinretten in den Faschismus, die Pöstchen und ein Parlamentchen behalten auch unterm offen faschistischen Regime, das ist alles, was sie noch wollen. Daher zeigen sie der Regierung die letzten kleinen Waffenlager an, die noch im Besitz von Arbeitern sind, und ermöglichen so die Aushebung und Uebergabe an die Heimwehr. Eine noch einfachere Politik verfolgen die Moskauer Kasperln. Sie geben Parolen aus: Arbeiter, auf die Straße! Arbeiter, verhindert diesen und jenen Aufmarsch! Arbeiter, kämpft gegen den Faschismus! Sie möchten den Kampf gegen den Faschismus so führen, wie die KPD. die Mai-„kämpfe". Transportable Barrikaden, die man fortschiebt, wenn ein Privatauto kommt; wer aber etwa eine Waffe zum Kampf mitbringt, der wird ausgeschlossen. Zwischen diesen Parolen, wie wir sie oben wiedergegeben haben, placieren sich die Hymnen auf den Aufbau des Sozialismus im Stalinlande, die den Zweck haben, das Denken der Arbeiter vollständig zu versauen, ihnen jeden Begriff von Kommunismus zu zerstören, den Gegensatz zwischen kapitalistischer und kommunistischer Wirtschaft zu verwischen, so daß Kommunismus und proletarische Diktatur den letzten Rest von Werbekraft verlieren müssen. Hier muß man allerdings sagen, daß zum Glück keinem Arbeiter die Parolen und Legenden der KP. überhaupt zur Kenntnis gelangen.

Was ist nun in dieser Situation die Aufgabe der revolutionären Kommunisten, die auf unserem Boden stehen? Wir können keine, das ganze Proletariat erfassende Propaganda entfalten, wir haben nicht das Geld, das auch die Moskauer nur bei — Wahlen haben. Wir sind auch der Meinung, daß die Erweckung zur Tat nur durch die Tat selbst geschehen kann, nicht durch Parolen. Wir müssen dort einspringen, wo es beim österreichischen Arbeiter am meisten fehlt, Planmäßigkeit, kühle Berechnung, technische Vorbereitung. Alles, was man zu kaufen bekommt oder nicht bekommt, ist von Arbeitern hergestellt. Die Arbeiter müssen auch imstande sein, Dinge, die für die Sicherung ihres Lebens notwendig sind, für sich selbst herzustellen. Wir wollen keine nationale Revolution und österreichische Rätediktatur; vom Sozialismus in einem Lande haben wir wahrlich genug. Aber es gibt Teilerfolge und diese sind nötig, um Europa vor der Ueberrumpelung durch den Faschismus zu bewahren. Einen zweiten 15. Juli darf es in Oesterreich nicht mehr geben, und es ist möglich, wenigstens eine kleine Vorhut des Proletariats so weit zu bringen, daß der Ordnungsbestie ein zweites Blutsaugen am Leib des Proletariats weniger gut anschlagen wird.

Deutsche Genossen verstehen oft nicht, warum wir in Oesterreich den Fragen der Organisation so wenig Interesse entgegenbringen. Wir sind allerdings der Meinung, daß weniger die Form als der Inhalt der Organisation das Entscheidende ist. Die Betriebsorganisation z. B. kann sogar einen faschistischen Inhalt haben, was in Rußland der Fall ist, wo die BO. ein Mittel zur Niederhaltung des Proletariats sind. Aus der Form der Organisation darf man nicht einen Fetisch und ein Allheilmittel machen. Nicht die Organisation halten wir für das Wichtigste, sondern das, was sie tut. — Wie ein alter verreckender Geizhals wird der heutige Kapitalismus immer grausamer und blutgieriger. Aus allen Poren blut- und schmutztriefend auf die Welt gekommen, will er sie auch nicht anders verlassen. Mit diesen Tatsachen müssen wir rechnen, und wenigstens einen Teil des Proletariats entsprechend vorbilden. Das ist die Aufgabe der revolutionären Vorhut. Erfüllen wir diese Aufgabe, dann können wir den Ruf ergehen lassen: **Arbeiter! Laßt Euch einmal provozieren!**

Dem Fascismus entgegen.

Als die Regierung Streeruwitz ihr Amt antrat, war es selbst für politische Kinder klar, daß sie eine Regierung des fascistischen Kurses ist. Herr Streeruwitz ist der bevollmächtigte Vertreter des Industriellenverbandes, jenes Industriellenverbandes, der die Heimwehren großgezüchtet hat. Es ist klar, daß diese Regierung und die Heimwehren, die an denselben mütterlichen Brüsten großgezogen wurden, einträchtig zusammenarbeiten. Dieser selbstverständliche Idealzustand wurde von der Sozialdemokratie geflissentlich übersehen. Sie glaubt, oder tat so als ob sie glaubte, daß sie es nun mit einer „Verständigungsregierung" zu tun habe, und barst schier vor Entzücken, als der geschmeidige Streeruwitz in seiner Antrittsrede die Schalmeien des Burgfriedens blies. Leider war der Traum nur von kurzer Dauer. Bei einem Heimwehraufmarsch in St. Pölten, einer der größten Industriestädte Niederösterreichs, erklärte Herr Steidle, der Innsbrucker Winkeladvokat und Bonaparte des österreichischen Hahnenschwanzfascismus, daß die Heimwehr zu der neuen Regierung Vertrauen habe. Und der Wackere hatte wohl allen Grund dazu, solche Worte zu sprechen.

Die Sozialdemokratie setzte ihre ganzen Hoffnungen nun auf ein allgemeines Aufmarschverbot, nach bewährtem Muster ihres reichsdeutschen Parteigenossen Zörrgiebel. Seitz, der sozialdemokratische Bürgermeister von Wien und Vorsitzende des Parteivorstandes, erließ in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann von Wien ein generelles Verbot, das sogar die eigene Parteigarde, den Republikanischen Schutzbund, mit inbegriff. Wie Salome das Haupt des Jochanan, bot er auf der Schüssel silberner Beredsamkeit den Kopf des Schutzbundes, um durch dieses Opfer die Befreiung der Straße von Heimwehrparaden zu erkaufen. Die Regierung pfiff aber auf dieses edle Angebot; der Vizekanzler Schumy erteilte Herrn Seitz gemessene Weisungen, das Verbot auf eine bereits angemeldete Wimpelweihe der Wiener Heimwehren nicht anzuwenden. Daß er dieses Schriftstück mit den Worten „Euer Hochwohlgeboren" begann, beweist, daß er nicht ganz ohne Sinn für Ironie ist.

Friedrich Engels über Karl Marx

Diese wenig bekannte Skizze schrieb Engels noch zu Marxens Lebzeiten für die deutschen Arbeiter. Sie erschien 1878 in W. Brackers „Arbeiterkalender" und enthält einen Lebensabriß des Meisters neben einer trefflichen Charakteristik Marxens als Denker und Revolutionär.

Der Mann, der dem Sozialismus und damit der ganzen Arbeiterbewegung unserer Tage zuerst eine wissenschaftliche Grundlage gegeben hat, Karl Marx, wurde geboren zu Trier 1818. Er studierte in Berlin und Bonn zuerst Rechtswissenschaft, warf sich aber bald ausschließlich auf das Studium der Geschichte und Philosophie und war 1842 im Begriff, sich als Dozent der Philosophie zu habilitieren, als die seit dem Tode Friedrich Wilhelm III. entstandene politische Bewegung ihn in eine andere Laufbahn warf. Unter seiner Mitwirkung hatten die Häupter der rheinischen liberalen Bourgeoisie, die Camphausen, Hansemann usw. in Köln die „Rheinische Zeitung" gegründet, und Marx, dessen Kritik der Verhandlungen des rheinischen Provinziallandtages das größte Aufsehen erregt hatte, wurde Herbst 1842 an die Spitze des Blattes berufen. Die „Rheinische Zeitung" erschien natürlich unter der Zensur, aber die Zensur wurde mit ihr nicht fertig. Der erste Zensor der „Rheinischen Zeitung" war der Polizeirat Dolbeschall, derselbe, der einst in der Kölnischen Zeitung die Annoce der Uebersetzung von Dantes Göttliche Komödie von Philalethes (dem späteren König Johann von Sachsen) strich, mit dem Bemerken: Mit göttlichen Dingen soll man keine Komödie treiben. Die „Rheinische Zeitung" brachte fast immer die Artikel durch, auf die es ankam; man warf dem Zensor zuerst geringes Futter zum Streichen vor, bis er entweder von selbst nachgab oder durch die Drohung: dann erscheint morgen die Zeitung nicht, zum Nachgeben genötigt wurde. Zehn Zeitungen, die denselben Mut hatten wie die Rheinische, und deren Verleger ein paar hundert Taler mehr an Satzkosten draufgehen ließen — und die Zensur war schon 1843 in Deutschland unmöglich gemacht. Aber die deutschen Zeitungsbesitzer waren kleinliche, ängstliche Spießbürger, und die Rheinische Zeitung führte den Kampf allein. Sie verbrauchte Zensor auf Zensor; endlich wurde sie doppelt zensiert, so, daß nach der ersten Zensur der Regierungspräsident sie nochmals und endgültig zu zensieren hatte. Auch das half nichts. Anfang 1843 erklärte die Regierung, mit dieser Zeitung sei nicht fertig zu werden und unterdrückte sie ohne weiteres. Marx, der inzwischen die Schwester des späteren Reaktionsministers von Westfalen geheiratet hatte, siedelte nach Paris über und gab dort mit A. Rüge die „deutsch-französischen Jahrbücher" heraus, in denen er die Reihe seiner sozialistischen Schriften mit einer Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie eröffnete. Ferner mit F. Engels: „Die heilige Familie", „Gegen Bruno Bauer und Konsorten" — eine satirische Kritik einer der letzten Formen, in die sich der damalige deutsche philosophische Idealismus verlaufen hatte.

Das Studium der politischen Oekonomie und der Geschichte der großen französischen Revolution ließ Marx immer noch Zeit zu gelegentlichen Angriffen auf die preußische Regierung; diese rächte sich, indem sie im Frühjahr 1845 bei dem Ministerium Guizot — Herr Alexander von Humboldt soll der Vermittler gewesen sein — seine Ausweisung aus Frankreich durchsetzte. Marx verlegte seinen Wohnsitz nach Brüssel und veröffentlichte dort in französischer Sprache 1846 einen Discours sur le libre échange (Abhandlung über den Freihandel) und 1847: Misère de la Philosophie, eine Kritik der Philosophie de la Misère (Philosophie des Elends) von Proudhon. Gleichzeitig fand er Gelegenheit, in Brüssel einen deutschen Arbeiterverein zu gründen und trat damit in die praktische Agitation ein. Noch wichtiger wurde diese für ihn, seitdem er und seine politischen Freunde 1847 in den seit längeren Jahren bestehenden geheimen „Bund der Kommunisten" eingetreten waren. Die ganze Einrichtung wurde nun umgewälzt; die bisher mehr oder weniger konspirative Verbindung verwandelte sich in eine einfache, nur notgedrungene geheime Organisation der kommunistischen Propaganda, die erste Organisation der deutschen sozialistischen Partei. Der Bund bestand überall, wo deutsche Arbeitervereine bestanden; fast in allen diesen Vereinen Englands, Belgiens, Frankreichs und der Schweiz und in sehr vielen Vereinen Deutschlands, waren die leitenden Mitglieder Bundesangehörige, und der Anteil des Bundes an der entstehenden deutschen Arbeiterbewegung war sehr bedeutend. Dabei aber war unser Bund der erste, der den internationalen Charakter der gesamten Arbeiterbewegung hervorhob und auch praktisch betätigte, Engländer, Belgier, Ungarn, Polen usw. zu Mitgliedern hatte und namentlich in London internationale Arbeiterversammlungen veranstaltete.

Die Umgestaltung des Bundes vollzog sich auf zwei im Jahre 1847 abgehaltenen Kongressen, deren zweiter die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Parteigrundsätze in einem von Marx und Engels zu redigierenden Manifest beschloß. So entstand das „Manifest der Kommunistischen Partei", das 1848, kurz vor der Februarrevolution, zuerst erschien und seitdem in fast alle europäischen Sprachen übersetzt wurde. Die deutsche Brüsseler Zeitung, an der Marx sich beteiligte und vorin die vaterländische Polizeiglückseligkeit schonungslos bloßgelegt wurde, hatte die preußische Regierung wiederum veranlaßt, auf Marx' Ausweisung hinzuwirken, jedoch vergebens. Als aber die Februarrevolution auch in Brüssel Volksbewegungen zur Folge hatte, und ein Umschwung in Belgien bevorzustehen schien, verhaftete die belgische Regierung Marx ohne Umstände und wies ihn aus. Inzwischen hatte ihn die provisorische Regierung Frankreichs durch Flocon einladen lassen, wieder nach Paris zu kommen, und er folgte diesem Rufe. In Paris trat er vor allem dem unter den Deutschen eingerissenen Schwindel entgegen, der in Frankreich die deutschen Arbeiter in bewaffnete Legionen formieren wollte, um damit in Deutschland Revolution und Republik einzuführen. Einerseits mußte Deutschland seine Revolution selbst machen, und andererseits war jede in Frankreich sich bildende fremde Revolutionslegion durch die Lamartines der provisorischen Regierung von vornherein an die zu stürzende Regierung verraten, wie es auch in Belgien und Baden geschah.

Nach der Märzrevolution ging Marx nach Köln und gründete die „Neue Rheinische Zeitung", die vom 1. Juni 1848 bis zum 19. Juni 1849 bestand, — das einzige Blatt, das innerhalb der damaligen demokratischen Bewegung den Standpunkt des Proletariats vertrat, und zwar schon durch seine rückhaltlose Parteinahme für die Pariser Juni-Insurgenten von 1848, die dem Blatte fast seine sämtlichen Aktionäre abtrünnig machte. Vergebens wies die Kreuzzeitung auf die „Chimborasso-Frechheit" hin, mit der die „Neue Rheinische Zeitung" alles Heilige angreife, vom Knöig und Reichsverweser bis zum Gendarmen, und das in einer preußischen Festung mit damals 8000 Mann Besatzung; vergebens eiferte das leberale, plötzlich reaktionär gewordene rheinische Philisterblatt, vergebens suspendierte der Kölner Belagerungszustand im Herbste 1848 das Blatt auf längere Zeit, vergebens denunzierte das Frankfurter Reichs-Justizministerium dem Kölner Staatsanwalt Artikel auf Artikel zur gerichtlichen Verfolgung; das Blatt wurde angesichts der Hauptwache ruhig weiter redigiert und gedruckt, die Verbreitung und der Ruf der Zeitung wuchs mit der Heftigkeit der Angriffe auf Regierung und Bourgeoisie. Als der preußische Staatsstreich im November 1848 erfolgte, forderte die Neue Rheinische Zeitung an der Spitze jeder Nummer das Volk auf, die Steuern zu verweigern und der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Im Frühling 1849 deswegen sowie wegen eines anderen Artikels vor die Geschworenen gestellt, wurde sie beide Male freigesprochen. Endlich, als die Maiaufstände 1849 in Dresden und der Rheinprovinz niedergeschlagen und der preußische Feldzug gegen den badisch-pfälzischen Aufstand durch Konzentration und Mobilmachung bedeutender Truppenmassen eingeleitet wurde, glaubte die Regierung sich stark genug, die Neue Rheinische Zeitung mit Gewalt zu unterdrücken. Die letzte — rotgedruckte Nummer erschien am 19. Mai.

Marx ging wieder nach Paris, wurde aber schon wenige Wochen nach der Demonstration vom 13. Juni 1849 von der französischen Regierung vor die Wahl gestellt, entweder seinen Wohnsitz in die Bretagne zu verlegen oder Frankreich zu verlassen. Er zog letzteres vor und siedelte nach London über, wo er seitdem ununterbrochen gewohnt hat. Ein Versuch, die Neue Rheinische Zeitung in der Form einer Revue (in Hamburg) weiter erscheinen zu lassen (1850), mußte nach einiger Zeit gegenüber der immer heftiger auftretenden Reaktion aufgegeben werden. Gleich nach dem Staatsstreich in Frankreich im Dezember 1851 veröffentlichte Marx „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte" (Boston 1852, 2. Auflage in Hamburg 1869). Im Jahre 1853 schrieb er: „Enthüllungen über den Kölner Kommunistenprozeß". (Zuerst gedruckt in Boston, dann Basel, dann Leipzig.) Nach der Verurteilung der Mitglieder des Kommunistenbundes in Köln zog Marx sich von der politischen Agitation zurück und widmete sich seinerseits während zehn Jahren der Durchforschung der reichen Schätze, welche die Bibliothek des britischen Museums auf dem Gebiete der politischen Oekonomie darbot, andererseits der Mitarbeiterschaft an der New York Tribune, welche bis zum Ausbruch des amerikanischen Bürgerkrieges nicht nur die von ihm gezeichneten Korrespondenzen, sondern auch zahlreiche Leitartikel über europäische und asiatische Verhältnisse aus seiner Feder brachte. Seine auf eingehende Studien der englischen offiziellen Aktenstücke gegründeten Angriffe gegen Lord Palmerston wurden in London als Pamphlets wieder abgedruckt.

Als erste Frucht seiner langjährigen ökonomischen Studien erschien 1859: „Zur Kritik der politischen Oekonomie", erstes Heft (Berlin verlegt bei Dunker). Diese Schrift enthält die erste zusammenhängende Darstellung der Marxschen Werttheorie einschließlich der Lehre vom Geld. Während des italienischen Krieges bekämpfte Marx in der zu London erscheinenden Zeitung „Das Volk" den damals sich liberal färbenden und den Befreier der unterdrückten Nationalitäten spielenden Bonapartismus sowie die damalige preußische Politik, die unter dem Deckmantel der Neutralität im Trüben zu fischen suchte. Bei dieser Gelegenheit mußte auch Herr Karl Vogt angegriffen werden, der damals im Auftrage des Prinzen Napoleon (Plon-Plon) auch im Solde Louis Napoleons für die Neutralität, ja die Sympathie Deutschlands agitierte. Von Vogt mit den infamsten, wissenschaftlich erlogenen Verleumdungen überhäuft, antwortet Marx im „Herr Vogt", London 1860, worin Vogt und die übrigen Herren von der imperialistischen falschen Demokratenbande enthüllt und Vogt aus äußeren wie innern Gründen der Bestechung durch das Dezemberkaisertum überführt wurde. Genau zehn Jahre später kam die Bestätigung: in der in den Tuilerien 1870 gefundenen und von der Septemberregierung veröffentlichten Liste der bonapartischen Mietlinge fand sich unter dem Buchstaben V.: „Vogt — im August 1859 wurden ihm übermacht . . . Fr. 40 000".

Endlich, 1867, erschien in Hamburg: „Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie. Erster Band." — Das Hauptwerk von Marx, das die Grundlagen seiner ökonomisch-sozialistischen Anschauungen und die Hauptzüge seiner Kritik der bestehenden Gesellschaft, der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Folgen darlegt. Die zweite Auflage dieses epochemachenden Werkes erschien 1872.

Inzwischen war in verschiedenen Ländern Europas die Arbeiterbewegung wieder soweit erstarkt, daß Marx daran denken konnte, einen langgehegten Wunsch zur Ausführung zu bringen: die Gründung einer die fortgeschrittensten Länder Europas und Amerikas umfassenden Arbeiter-Assoziation, die den internationalen Charakter der sozialistischen Bewegung sowohl den Arbeitern selbst, wie den Bourgois und den Regierungen sozusagen leiblich vorführen sollte — dem Proletariat zur Ermutigung und Stärkung, seinen Feinden zum Schrecken. Eine Volksversammlung zugunsten des eben von Rußland wieder erdrückten Polens am 28. September 1864 in Saint-Jannes-Hall in London gab den Anlaß. Die Internationale Arbeiter-Assoziation war gegründet; ein provisorischer Generalrat mit dem Sitz in London wurde auf der Versammlung gewählt, und die Seele dieses sowie aller folgenden Generalräte bis zum Haager Kongreß war Marx. Von ihm sind sämtliche vom Generalrat der Internationale erlassenen Schriftstücke redigiert, von der Inauguraladresse 1864 bis zur Adresse über den Bürgerkrieg in Frankreich 1870. Marx' Tätigkeit in der Internationale schildern, hieße die Geschichte dieser Assoziation selbst schreiben, die übrigens noch im Gedächtnis der europäischen Arbeiter lebt.

(Schluß folgt.)

Seitdem besteht in Wien das Verbot und auch Buresch, der christlich-soziale Landeshauptmann von Nieder-Oesterreich, hat ein ähnliches Edikt erlassen. Trotz alledem sind die Heimwehren an einem der letzten Sonntage in Aspang aufmarschiert, wohlwollend protegiert von der mit ihnen verbündeten Gendarmerie. Der private und der staatliche Fascismus wirken Hand in Hand.

Angesichts des Buresch-Verbotes wagt es die Sozialdemokratie nicht einmal mehr, die Heimwehrprovokation mit einem Gegenaufmarsch zu beantworten; die Kapitulationspolitik hat also eine weitere Etappe erreicht. Sie beschränkt sich in ihrer gewohnt lächerlichen Weise darauf, Streeruwitz als „Schwächling" zu deklarieren. Selbstverständlich ist der Bundeskanzler des Industriellenverbandes nicht schwächlich, sondern ein zielbewußter Vertreter des radikalen Flügels der Bourgeoisie, die, unterstützt von den reaktionären Bauernmassen, denen durch zolltarifmäßige Aushungerung der städtischen Bevölkerung fette Extragewinne zugeschanzt werden, klar und deutlich ihrem Ziele: der faschistischen Diktatur, entschlossen zustrebt. Daß „linke" Elemente des Bürgertums und die Sozialdemokratie darob wimmern, schiert sie nur wenig.

Mittlerweile bereiten die Heimwehren den großen Schlag vor; sie verhängen über ein Rekonvaleszentenheim, das Arbeiter beherbergt, eine Hungerblockade, sie marschieren in Gmunden auf, sie werden im Sommer im Raume von Innsbruck kriegsmäßige Mannöver abhalten. Im Herbst dann, bis die Bauern den Drusch der Ernte vollendet haben, kann das große politische Dreschen beginnen. Das von der Sozialdemokratie chlorolormierte Proletariat kann der Reaktion keinen Widerstand entgegensetzen. Es sei denn, daß es vorher noch erwacht . . .

Betrieb und Wirtschaft

Lohnabbau in der Glasindustrie

Die typische Gewerkschaftstaktik, wie sie seit Jahren gegen die Arbeiter angewendet wird, kann man jetzt wieder in der sächsischen Weißglasindustrie in Reinkultur beobachten. Die zum Himmel schreienden Löhne und die unmenschliche Ausbeutung bei denkbar ungesündester Arbeit, haben die Arbeiter endlich gezwungen, Lohnaufbesserung zu begehren. Ein Schiedsspruch der zustande kam, sah nur eine geringfügige Lohnerhöhung für Zeitlohnarbeitergruppen vor. Tarifkommission und Vertrauensleute lehnten auf Drängen der Arbeiter den Schiedsspruch ab. Die Unternehmer nahmen ihn an.

Jetzt beginnt das Spiel mit den Arbeitern. Auf Anweisung der Verbandsleitung haben die in Akkord beschäftigten Glasmacher und Schleifer der Betriebe Brockwitz-Sörnewitz mit Abteilung Ottendorf, Firma August Walther u. Söhne, Ottendorf, Glasfabrikation vorm. Gebr. Hoffmann in Bernsdorf und Firma Gebr. Eibenstein und Sachsenhütten in Bischofswerda die Kündigung eingereicht und der Schutzverband Deutscher Glasfabriken hat einen Lohnabbau von 5 bis 7,5 Prozent gefordert.

Es ist nun unschwer vorauszusehen, wie das Spiel mit den Arbeitern enden wird. Einige Abteilungen werden sich mürbe streiken, die entbehrlichen Arbeiter werden ausgesperrt, und die weiter schuften dürfen, werden sich freuen, daß ihre Gewerkschaften sie im Betriebe lassen. Die ausgesperrten bzw. bestreikten Firmen haben keinen Pfennig Profitverlust, denn der „Schutzverband deutscher Glasfabriken" ersetzt ihnen allen Schaden und beliefert solange ihre Kundschaft. Wenn die Arbeiter kaputt sind, werden die Gewerkschaften ihren „Sieg" errungen haben, denn dann werden die Fabrikanten ihre Lohnkürzungsandrohung zurückziehen. Die Unternehmer sind schlau genug, zu begreifen, daß die Arbeiter bei noch niedrigeren Löhnen arbeitsunfähig werden.

So erhalten z. B. die männlichen Hilfs- und Nebenarbeiter über 22 Jahre in der Ortsklasse I: 69 Pf. pro Stunde, in der Ortsklasse II: 62 Pf., III: 61 Pf., die Arbeiterinnen über 20 Jahre in der Ortsklasse I: 43 Pf., II: 37 Pf. und III: 34 Pf., und die jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen entsprechend weniger. Glasmacher-, Schleifer- und Formenmachergehilfen, die zum Teil eine dreijährige Lehrzeit hinter sich haben, haben einen Lohn von 4,62 bis 6,93 Mark pro Schicht. Preßglasarbeitnehmer und -ausschlitter haben 4,16 bis 5,89 Mark pro Schicht, Kübelmacher 3,57 bis 4,73 Mark, Einträger 2,50 bis 3,92 Mark.

Das sind die Löhne, die durch Tarifvertrag zwischen Gewerkschaft und Unternehmern zustandegekommen sind. Die Glasarbeiter sind vollzählig gewerkschaftlich organisiert. Man muß hierbei in Erwägung ziehen, daß die Glasfabrikation zu den ungesundesten und schwersten Arbeiten gehört.

Die sächsische Weißglasindustrie gehört zu den technisch rückständigsten Industrien Deutschlands. Die erbärmlichen Löhne, mit denen sich die Gewerkschaften zufrieden gaben, gestattete ihnen die Konkurrenz trotzdem. Heute ist der Absatzmangel aber so bedrohlich, daß sich die Industriellen es leisten können, eine Anzahl Arbeiter streiken zu lassen bzw. sie auszusperren. Sie sind in einem Schutzverband, nicht aber die Arbeiter. Die Gewerkschaft der Arbeiter ist mit ihrer Taktik, auch wenn sie es nicht wünschte, eher eine Abteilung des Schutzverbandes der Industriellen. Mit den Arbeitern wird solange Schindluder getrieben werden, bis sie das Zusammenspiel von Industriellenverbänden und Gewerkschaften erkannt haben werden und die Gewerkschaftsbücher in den Müllkasten werfen.

Langsam weichende Arbeitslosigkeit

Noch 200 000 registrierte Arbeitslose in Berlin!

In der mit dem 2. Juni endenden Woche fiel die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen im Bereich des Arbeitsamtes Berlin-Brandenburg um 2353 auf 236 350 oder 0,99 Prozent gegen 7520 = 3,05 Prozent in der Vorwoche. Im Bezirk des Landesarbeitsamtes Brandenburg verteilten sich die Arbeitsuchenden auf Berlin mit 195 141, auf die Provinz Brandenburg mit 38 750 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 2639 Personen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug 127 810, in der Krisenunterstützung 26 383, zusammen 154 193 Personen. Demnach gibt es 82 157 Arbeitslose, ohne Unterstützung! Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 100 753. In der Krisenfürsorge entfallen auf Berlin 22 704 Unterstützte.

Im Reich sind die Verhältnisse ähnlich. In der Woche zum 1. Juni wird die Ziffer der Hauptunterstützungsempfänger auf nahe an 800 000 geschätzt. Es sind dies 200 000 mehr als vor einem Jahre.

Der Arbeitsmarkt geht langsam seiner Sättigung entgegen. Aufgenommen werden noch Arbeitslose vom Baugewerbe bezw. von den durch dieses belebten Industrien. Zur „Erhaltung" des Arbeitsloseneeres wollen Sozialdemokratie und Gewerkschaften die Versicherungsbeiträge erhöhen, während sie, wie wir z. B. an bei den Zigarettenindustriellen an anderer Stelle zeigen, dem Kapital das Geld mit beiden Händen nachwerfen.

Index und Löhne

Das Statistische Reichsamt hat bei der letzten Reform des Reichsindex den Satz für die Kulturausgaben halbiert. Wohl weniger aus der Erkenntnis, daß die tatsächliche Befriedigung von Kulturbedürfnissen der Arbeiter einen erschreckend niedrigen Stand aufweist, als vielmehr um die erhöhten Lebenshaltungskosten, die sich aus der gesellschaftlichen Entwicklung ergaben, einigermaßen in den anderen Gruppen ausgleichen zu können. Der verhältnismäßige Anteil der einzelnen Ausgabegruppen der Gesamtlebenshaltung (immer ohne Steuern, Versicherungs- und Organisationsbeiträge) betrug früher, für

Ernährung	53,35 Proz.
Wohnung	19,15 „
Heizung u. Beleuchtung	4,36 „
Bekleidung	10,16 „
Verkehr	1,44 „
Sonstiger Bedarf*)	11,54 „

*) Ausgabe für Reinigung, Körperpflege, Bildung.

Nachdem, was das Reichsamt eine „Reform der Index" und den „Verhältnissen Rechnung tragen" nennt, erledigt ist, sieht die Geschichte jetzt so aus:

Ernährung	54,77 Proz.
Wohnung	20,35 „
Heizung u. Beleuchtung	5,55 „
Bekleidung	10,05 „
Verkehr	3,07 „
Sonstiger Bedarf	6,21 „

Wir wollen nicht darüber rechten, daß die Erhöhung für Heizung und Beleuchtung nur 1,19 Prozent beträgt. Jede Hausfrau braucht nur ihre Kohlen-, Gas- und Stromrechnung von früher und heute nebeneinanderzulegen und die Statistik ist geklatscht.

Die ganze schönfärbende Tendenz tritt auch bei dem Kapitel Wohnung in Erscheinung. Obgleich die kümmerlichen Reste eines Mieterschutzgesetzes eine ungehemmte Steigerung für Altwohnungen noch behindert, steht aber die angesetzte Erhöhung von 1,20 Prozent im katastrophalen Gegensatz zur rauen Wirklichkeit. Die Ausgaben für Wohnung stiegen von 49,50 im April 1924 auf 126 im April 1929. Dabei ist es nur eine Frage der Zeit, wann die Regierungen weitere Steigerungen vorsehen, um den „Anreiz zum Wohnbau" zu fördern, wie es so schön in der Sprache der Koalitionpolitik heißt.

Allgemeine Mitgliederversammlung von Groß-Berlin

am Freitag, den 28. Juni 1929, abends 7,30 Uhr,

in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.

Referat:

Wesen und Grundsätze einer revolutionären Organisation.

Die Genossen sind verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Auch die „Verbesserungen" und Aenderungen des bisherigen Verbrauchsschemas für die Ernährungsausgaben sind ein Hohn auf die Tatsachen. Nach Berechnungen des Reichsgesundheitsamtes wurde eine Erhöhung der Reinkalorienzahlen um rund von 2 Prozent vorgenommen und der bisherige Eiweißgehalt des Ernährungsbedarfs durch Aenderung der Nahrungsmittel um 20 Prozent erhöht.

Die Erweiterungen im Wertgeleistschema bestehen darin, daß zum ersten Male Butter eingesetzt wurde, und zwar sind für den 4-Wochen-Bedarf der republikanischen Musterfamilie (zwei Erwachsene, ein Knabe von 14, ein Mädchen von 7, und ein Kind von 1½ Jahren) 2000 Gramm vorgesehen. Dafür wurden aber, um „die an sich schon sehr reichlichen Fettmengen dem ernährungs-psychologisch notwendigen Bedarf anzunähern", 250 Gramm Margarine und 1000 Gramm inländischer Speck gestrichen. Bei solchen „Verbesserungen" kann allerdings von Verbesserung nicht viel die Rede sein.

An Genußmitteln, wie die Statistik so schön berichtet, sind ferner noch neu aufgenommen: 250 Gramm Bohnenkaffee, 1 Kilogramm Kakao und 1250 Gramm Kaffee-Ersatz. Eine Aufnahme des infolge seines Vitamingehaltes für die Ernährung besonders wichtigen wertvollen Frischobstes sowie von Salat ist nicht erfolgt. Es hätte sich dann gezeigt, daß die für die Ernährung angesetzte Erhöhung um 1,42 vH., die schon den bescheidensten Lebensnotwendigkeiten ins Gesicht schlägt, dreimal aufgefressen worden wäre. Die Rationalisierung in den Betrieben mit ihrer Hetzarbeit und dem jagenden Tempo, die nervöse Hast im öffentlichen Verkehr, erfordern eine stärkere und bessere Erneuerung der Kräfte als früher. Daß aber selbst noch Tausende von Proletariern auf Grund der schlechten Entlohnung hinter der staatlichen Wertgeistgrundlage zurückbleiben, beweist die erschreckende Zahl der unterernährten Schulkinder.

Die auf Grund der reformierten Reichsindexziffern errechneten Lebenshaltungskosten betrugen für die sieben Gruppen (ohne Steuern usw.):

1913	100,0
April 1924	125,3
Oktober 1924	134,9
April 1925	136,7
Oktober 1925	143,5
April 1926	139,6
Oktober 1926	142,2
April 1927	146,4
Oktober 1927	150,2
April 1928	150,7
Oktober 1928	152,1
April 1929	153,6

Selbst diese Zahlen zeigen eine nur im April 1926 unterbrochene, fortschreitende Steigerung, trotz aller Kunstkniffe. Die wirklichen Kosten der Lebenshaltung haben sich aber seit 1913 mindestens verdoppelt, wovon sich jeder, der einen Rundgang durch die Geschäfte macht, überzeugen kann.

Neben allem Sonstigen hat die bewußte Niedrigkeits-Darstellung der Lebenshaltungskosten aber noch folgende Tendenz: Die Ware Arbeitskraft ist eine Ware wie jede andere, nur mit dem Unterschied, daß sie die Quelle neuen Wertes ist. Ihr Wert richtet sich wie bei allen Waren, nach der gesellschaftlich-notwendigen Arbeitszeit. Das sind die Erhaltungs- und Wiederherstellungskosten. Um diesen Wert schwankt der Marktpreis. Der Marktpreis der Arbeitskraft ist, abgesehen von den Einflüssen der Konkurrenz, um so niedriger, je niedriger die Lebenshaltungskosten der Arbeiter sind. Der Reichsindex hat nun die Tendenz, diese Kosten niedriger erscheinen zu lassen als sie wirklich sind, und wirkt damit lohndrückend.

In welchem Verhältnis stehen nun die Löhne der Arbeiterklasse zu den Kosten der Lebenshaltung? Haben sie mit der wachsenden Teuerung Schritt gehalten?

Zum Vergleich sollen auch hier die amtlichen Zahlen dienen. Ehe sie aber gegenübergestellt werden, muß die Lohnfeststellungsmethode kurz erklärt werden. Die Statistik macht eine Unterscheidung zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern. Die heute immer mehr durch die Maschinisierung wachsende Gruppe der angelernten Arbeiter wird nicht berücksichtigt. Als Grundlage der Statistik gilt der gewogene Durchschnittlohn für Vollarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe, bei regelmäßiger Arbeitszeit. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, die Normalerscheinung des monopolisierten Kapitalismus, die den Lohn der Arbeiterklasse senken, sind nicht in Rechnung gestellt.

Die amtliche Statistik hat die Arbeiter in zwei Abteilungen gegliedert. Die Produktionsmittelindustrie und die Verbrauchsgüterindustrie, wie sie bezeichnet werden. Jede Abteilung besteht aus sechs Gruppen. Die Eingliederung der einzelnen ist rein vulgärökonomisch.

Der gewogene Durchschnittslohn wird gewonnen, indem die Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1925 als Unterlage dient. Entsprechend der Anzahl der Beschäftigten in den einzelnen Berufsgruppen werden die entsprechenden Proportionen zusammengezählt. Abgesehen von Buchdruckgewerbe, wo bei der Berechnung sämtliche Ortsklassen eingestellt sind, ist bei anderen der Maßumfang auf bestimmte Gebiete oder Städte begrenzt. Für die Metallindustrie z. B. gelten 20 Hauptsitze, für das Holzgewerbe 25, für die Bauindustrie 23 Großstädte. Der Lohnindex versteht sich einschließlich der sozialen Zulagen (für Ehefrau und zwei Kinder), soweit solche gewährt werden.

Wie gestaltet sich nun nach diesem Schema der errechnete Lohn? Es betrug für alle 12 Gewerbegruppen

a) Wochenlohn (in RM.)

	Gelernte	Ungel.	Index
April 1929:	32,54	40,65	153,6
1913:	34,67	23,21	100,0
Zunahme:	51,5%	75,1%	53,6%

b) Stundenlohn (in RPf.)

1913:	65,9	39,7	100,0
April 1929:	108,5	81,6	153,6
Zunahme:	64,6%	105,5%	53,6%

Nach den Ziffern der amtlichen Zusammenzählung liegen nur die Wochenlöhne der gelernten Arbeiter unter der Steigerung der Lebenshaltungskosten, während alle anderen mehr verdienen. Diese Zahlen sind aber, abgesehen von dem zu niedrigen Index nicht nur eine grobe Irreführung, sondern auch falsch. Die Steigerung des Geldlohnes schrumpft sofort zusammen, wenn man die Kaufkraft des Lohnes an der Hand des Index vergleicht.

Unter diesen Umständen betrug die Kaufkraft:

a) Wochenlohn (in RM):

	Gelernte	Ungelernte
1913:	34,67	23,21
April 1929:	28,16	21,78
weniger:	4,51	1,43

Stundenlohn (in RPf.):

	Gelernte	Ungelernte
	65,9	39,7
	58,1	43,7
weniger:	7,8	mehr 4,0

Der Reallohn ist also mit Ausnahme bei den Stundenlöhnen der Ungelernten gesunken. Seine wirkliche Steigerung beträgt aber auch nicht 105,5%, sondern nur 10,2%.

Der tatsächliche Reallohn der deutschen Arbeiterklasse ist noch niedriger. Die Statistik der Republik hat nämlich aus falscher Scham im Index die Steuern und Sozallasten nicht mit eingerechnet. Die müssen vom Normallohn noch in Abzug gebracht werden. Die wöchentlichen Abzüge betragen im Durchschnitt für Krankenkasse 4,5%, Erwerbslosenbeitrag 1,5%. Invaliden 3% des Gesamtverdienstes. Außerdem hat die Musterfamilie bei einem Wochenlohn von 52,54 M noch 1,35 M an Steuern zu entrichten. Stellt man so der Theorie des Reichsamtes die Praxis des Lebens entgegen, dann versinken die errechneten prozentualen Steigerungen des Lohnes in Nichts. Hart und brutal zeigt sich, daß die Ausbeutung der Arbeiterklasse als Produzent und Konsument in der Republik gewaltig gestiegen ist. Der Lohn und die Lebenshaltung aber sind gesunken.

Die eherne Dialektik des Geschehens schafft aber in diesen Dingen eben auch die Voraussetzungen zur Ueberwindung der kapitalistischen Ausbeutung durch die Proletarierklasse.

Bücher-Ecke

Marxistische Bibliothek.

		Ganzl. Mk.
Bd. 1.	Lenin, Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus	2,50
Bd. 2.	Bucharin, Die politische Oekonomie des Rentners	4,—
Bd. 3.	Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie	2,50
Bd. 4.	Rjazanow, Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär	3,50
Bd. 5.	Stalin, Probleme des Leninismus	5,—
Bd. 6.	Stalin, Auf dem Wege zum Oktober	3,50
Bd. 7.	Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte	
Bd. 9.	Bucharin, Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals	3,—
Bd. 10.	Lenin, Ueber Gewerkschaften	3,—
Bd. 13.	Deborin-Thalheimer, Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus	3,—
Bd. 14.	Thalheimer, Einführung in den dialektischen Materialismus	3,—
Bd. 17.	Pokrowski, Prof. M. N.: Historische Aufsätze	3,—
Bd. 18.	N. Lenin—G. Plachanow, L. N. Trotzki im Spiegel des Marxismus	3,50

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Organisatorische Mitteilungen

Quittung.

Für Pressefond gingen im April und Mai ein:
Kraft 15.—; Recht 20.—; Fr., Wriezen 1.—; Ludwig 40.—; 17. Bezirk 10.—; Hauser, Bln. 2,50; 14. Bezirk 25.—; Schmidt 12.—; Weiß 10.—; Ortsgruppe Bonn 2.—; Wagner, Wien 2,70; 5. Bezirk 10.—; 21. Bezirk 15.—; Brandes 15.—; 17. Bezirk 15.—

Leser der „KAZ."

die die Zeitung bisher durch eine Ortsgruppe erhielten und jetzt nicht mehr beliefert werden, müssen die KAZ. von neuem durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, neu bestellen. Zahlung ist auf deren Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42, zu leisten. Eine andere Kassierung findet für sie nicht statt.

Groß-Berlin

6. Bezirk. Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Reibe, Gitschiner Str. 88.

14. Bezirk (Neukölln). Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, bei Richard Goder, Weichselstr. 17, Ecke Weserstr.

18. Bezirk. Jeden Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.

Herausgeb. und f. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N.
Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

10. Jahrg Nr. 24

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 15. Juni 1929

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Verpfaffung Preußens

Das Konkordat — ein Verfassungsbruch!

Was nun zwischen der Sozialdemokratie und dem Papst eigentlich beschlossen ist, wissen nur die Götter, die schwarzen und die rosafarbenen. Die Presse spricht von einer neuen Dotation an die Kirche von 1½ Milliarden Mark. Der „Vorwärts" behauptet, es seien „nur" 1,4 Millionen Mark, die die Schwarzen aus den Steuergeldern der Arbeiter neu hinzubekommen werden. Insgesamt erhalten sie dann 2,8 Millionen Mark. Aachen und Berlin bekommen Bischöfe, die Preußen bezahlt. Das, wohlverstanden, zu derselben Zeit, wo Hilferding die ungeheuersten Jongleurkunststücke macht, um auf Kosten der Arbeiter den Reichshaushalt zu balancieren und wo sich die Sozialdemokratie bereit erklärt, die Arbeitslosenversicherung zu verschlechtern und die Beiträge zu erhöhen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat, wie der „Vorwärts" berichtet, dem Konkordat mit großer Mehrheit zugestimmt.

Der Vertrag Römische Kurie-preußisch-sozialdemokratische Regierung ist bekanntlich perfekt geworden, ohne ihn dem Landtag vorzulegen. Das hat seine guten Gründe. Das Konkordat ist nämlich nichts anderes als ein Verfassungsbruch. Die Reichsverfassung schreibt vor, daß Voraussetzung über die Bestellbarkeit zum geistlichen Amt Reifezeugnis und dreijähriges Studium an einer deutschen oder österreichischen Universität sind oder an einem gleichgestellten Seminar. Der Konkordatsvertrag bestimmt, **daß die päpstliche „Hochschule", die Jesuitenschule in Rom, den genannten Universitäten gleichgestellt wird!!**

Das ist nämlich der Streitpunkt, der vor einigen Wochen die Studenten und Professoren ganz Spaniens in den Kampf gegen Regierung und Kirche und der zur Schließung aller Universitäten führte. Der Kampf in Spanien ist noch. Eine Anzahl Professoren und Studenten sind eingekerkert, die Mehrheit steht Gewehr bei Fuß, um weitere Angriffe der Pfaffen und ihrer Regierung abzuwehren. Und in diesem selben Augenblick sind es die deutschen „Arbeitervertreter", die den Schwarzen in Preußen Tor und Tür öffnen. Was das spanische katholische Bürgertum mit der Waffe in der Hand abwehrt, gibt die deutsche Sozialdemokratie dem Klerus. Das ist das Konkordat!

Was die päpstliche „Hochschule" in Rom bedeutet, kann nur der ermessen, der ihre Zöglinge kennt. Das schwärzeste mittelalterliche Muckertum heimtückischster Intoleranz sind wahre Lichtblicke dagegen. Wir kennen sie aus ihrer „seelsorgerischen Wirksamkeit" aus verschiedenen hinterwälderischen Tälern Italiens, Spaniens und Portugals, wo sie ganze Landstriche, einst geistig gesunde und blühende Menschen, zu bigotten, fanatischen und stumpfsinnigen Kreaturen „erzogen" haben. In Mexiko hat sich bekanntlich unendlich oft fast das ganze Volk zusammengetan, um diese Gesellen außer Landes zu jagen. In Preußen werden sie im Auftrage der Sozialdemokratie Gewerkschaftsmitglieder erziehen.

Die Aushungerung der schlesischen Weber

Mit der Sympathie der Gewerkschaften.

Eisenach, 11. Juni. (Eigenbericht des „Vorwärts".)

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, der gegenwärtig in Eisenach tagt, faßte zur Aussperrung der schlesischen Textilarbeiter einstimmig folgende Entschließung:

„Der Beirat des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes spricht den 50 000 ausgesperrten schlesischen Textilarbeitern und -arbeiterinnen seine volle Sympathie aus. Er verurteilt das rücksichtslose Vorgehen der Leitung der Unternehmer in diesem Kampfe. Der Beirat erwartet von der Schlichtungsinstanz, die jetzt eingreifen soll, daß sie den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung trägt und daß nicht nur die Tariflohnsätze, sondern auch das bestehende Lohnniveau eine entsprechende Erhöhung erfahren."

Wir haben die erbärmlichen Löhne der schlesischen Textilarbeiter mitgeteilt. Sie sind niedriger als auch in schlechtbezahlten Teilen des Reiches die Arbeitslosenunterstützung. Die Gemeinden der schlesischen Textilgegenden zahlen den Arbeitenden vielfach Zuschüsse, daß sie bei der Arbeit nicht verhungern. Die Textilarbeiter des ganzen Reiches arbeiten, im Auftrage der Gewerkschaften. Die arbeitenden Betriebe versorgen die Kundschaft der Unternehmer, die ihre Arbeiterschaft ausgesperrt haben, sobald deren große Lager geräumt sind. Die arbeitenden Unternehmer entschädigen die Aussperrer. Ein Verlust ist für sie bei der starken Ueberproduktion nicht verbunden. Den Unternehmern, den Aussperrern wie jene, deren Arbeiter Streikbrecherarbeit gegen die schlesischen Ausgesperrten verrichten, ist eine Betriebsruhe angenehm, um die Lager zu entlasten.

Und in dieser Situation erklären die wohlgenährten Bürokraten den Verhungernden ihre Sympathie! Kann es einen größeren Hohn auf proletarisches Ehrgefühl geben? Jeder ehrliche Arbeiter, dem die Ehrfurcht vor seinen Bonzen oder der Hunger noch nicht die letzte Scham zu den Hunden getrieben hat, müßte sich voll Ekel abwenden von dieser Gesellschaft, die für das Massenelend nur Hohn hat.

Das schlesische Textilarbeiterelend ist der sichtbarste Ausdruck der Ueberproduktion der deutschen Textilindustrie infolge der Rationalisierung. Die Textilindustrien aller kapitalistischen Länder machen einen Wettlauf auf dem Weltmarkt, dessen Kosten bei einem „Kampf" wie ihn der Textilarbeiterverband jetzt in Schlesien und immer und überall führt, die Arbeiter allein tragen. Die Textilindustrien der kolonialen Länder, der bisherigen Abnehmer der europäischen Textilindustrien, werden mit europäischen und amerikanischen Kapi-

Kapitalbildung durch das Volk?

Nun wird sich alles, alles wenden! Die Reparationsverhandlungen in Paris haben zu einem „positiven" Ergebnis geführt. Der Zahlungsplan des amerikanischen Kapitals ist im Prinzip genehmigt. Deutschland zahlt nicht mehr, ohne daß ihm auf der Gesamtrechnung quittiert wird. Die Rechnung ist hoch, sehr hoch, aber es ist wenigstens Klarheit geschaffen. Die Möglichkeit der Abtragung der Schuld und damit der „Erarbeitung" der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit ist gegeben. Nun frisch ans Werk! Der Preis der Arbeit — das ist die Freiheit und der Aufstieg des Vaterlandes.

So und ähnlich klingt es aus der demokratischen und sozialdemokratischen Presse. Die Deutschnationalen, die seinerzeit ihre Mannen abkommandierten, damit — weil sie an der Regierung saßen — der Dawespakt zustande kam, polemisieren lediglich vom Standpunkt des verhinderten Sieges, die jede „Vergewaltigung" dann in Ordnung finden, wenn sie als Sieger fungieren. Das Proletariat muß sich jedoch hüten, sich von dem Streit der bürgerlichen Parteien beeinflussen zu lassen. Seine Stellung wird von ganz anderen Gesichtspunkten bestimmt. — Die Politik der Bourgeoisie ist nicht die Politik des Proletariats.

Die sozialdemokratische Presse leitet auch jetzt wieder eine ideologische Offensive ein, um das Proletariat zu vergasen für den großen Angriff, den das Kapital vorbereitet. Wie bei allen Fragen, so kehrt auch jetzt immer wieder die „Nation" als Einheit wieder. Der Kampf um die „Lastenverteilung" beginnt, und soll im Reichstag „ausgekämpft" werden. Alles ist darauf angelegt, daß das Proletariat erst ins Netz gehen soll. Hat es sich erst in den Schlingen sozialdemokratischer Demagogie verfangen und die Sozialdemokratie den Paket von Paris unter Dach und Fach, ergibt sich alles andere von selbst.

Die Bourgeoisie jedoch rückt den Punkt in den Vordergrund, an dem keine Demagogie etwas abschwindeln kann: die **Kapitalbildung.** Wenn die Schuldenwirtschaft abgebaut, wenn die fälligen Zahlungen pünktlich geleistet, wenn darüber hinaus die deutsche Wirtschaft aus eigener Kraft sich entwickeln, konkurrenzfähig werden, sich den „Platz an der Sonne" wieder erobern soll, dann müssen alle „unproduktiven Ausgaben" fallen, muß aus eigener Kraft eine gesunde Kapitalbildung gesichert werden. Wer das Ziel will, muß auch die Mittel wollen!

Dem setzt nun die Sozialdemokratie die Parole entgegen: „Kapitalbildung durch das Volk". Eine wirklich frappierend einfache, eine verblüffend geniale Lösung! Bis heute erfolgte die Kapitalbildung nach dem profanen, kapitalistischen Grundsatz der Ausbeutung des Proletariats. Die Not der breiten Massen ist die notwendige Begleiterscheinung der „Kapitalbildung", der Akkumulation des Kapitals. Kapitalbildung bedeutet für das Proletariat **Ausbeutung.** Vermehrte Kapitalbildung, **vermehrte** Ausbeutung. — Die Arbeiter spüren dies ja am eigenen Leibe. Kapitalbildung bedeutet weiter Herabsetzung der Herstellungskosten. Sei dies nun in Gestalt des direkten Lohnabzuges, oder der Niederhaltung der Löhne bei steigenden Preisen, oder dem Steuerraub, oder der Verdrängung der Arbeiter durch die Maschine: die Arbeiter bezahlen immer die Zeche! Im Zeitalter der Rationalisierung mit seinen ungeheuren Möglichkeiten der Auspumpung bis zum letzten Hauch, mit seiner durch die Rationalisierung wachsenden Reservearmee von Arbeitslosen tritt das besonders kraß in Erscheinung.

Die Sozialdemokratie verlangt „Kapitalbildung durch das Volk". Sie verlangt, daß der Arbeiter so viel Lohn bekommt, daß er sparen kann, Sie verlangt, daß die Arbeitslosen, die überflüssig geworden sind, „ausreichend versorgt" werden. Sie verlangt den Aufstieg der Arbeiter zu kleinen Kapitalisten. Sie verlangt, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung sich selbst aufgibt. Sie könnte ebenso gut verlangen, daß es im Winter nicht schneit, oder daß der Löwe mit allen Tieren Frieden schließt, die er so gern frißt.

Herr Hilferding sitzt in der Klemme. Er hat eine Reichsanleihe ausschreiben lassen, die ursprünglich 500 Millionen bringen sollte. Um die Blamage zu mildern, ging Hilferding selbst auf 300 Millionen herab. Davon ist ungefähr die Hälfte (177,7 Millionen Mark) gezeichnet worden, trotzdem der Herr Finanzminister buchstäblich bei den Banken betteln ging. Sie wissen, der Herr Finanzminister wird entweder bankrott machen, oder er wird einwilligen, das Geld dort zu holen, wo es immer geholt wird, aus den Knochen der Proleten. Sie wollen erst sehen, wo die Reise hingeht. Die Sozialdemokratie will immer noch den Schein wahren, will an der „Erwerbslosenversicherung" nicht „rühren" lassen. Sie schlägt Erhöhung der Beiträge vor — die letztenendes die Proleten bezahlen, weil eben alle Steuern und sozialen Lasten, die der Kapitalist „auslegt", wieder umgelegt werden auf die Verbraucher. Und die Verwaltungsbürokratie hat längst Anweisungen, das Arbeitslosenversicherungsgesetz der „Zeit entsprechend" zu handhaben, und abzuwimmeln was irgendwie abzuwimmeln geht. Die „Krisen"empfänger werden systematisch zu Lohndrückerei gezwungen.

Es ist eine tiefe Tragik, daß das Proletariat immer noch solch kleinbürgerlichen Stumpfsinn hinnimmt, wo es im Kriege, in der Inflation, in jeder Krise so bitter dafür gezahlt hat, daß es nicht begreift, daß die kapitalistische Ordnung in ihrer weiteren Entwicklung auch notwendig das Chaos vergrößert. Die „Kapitalbildung" vollzieht sich in immer weniger Händen. Die Kapitalbildung ist undenkbar ohne immer intensivere **Konzentration** des Kapitals als selbstverständliche Begleiterscheinung der Monopolisierung und Zentralisierung der modernen Industrie. Die „Reichen" werden immer reicher, die Armen immer zahlreicher und ärmer. Wenn im Verlaufe dieser neuen „Kapitalbildung" — nach dem Niederbruch in Krieg und Inflation, die Hunderttausende von kleinbürgerlichen Existenzen ins Proletariat sanken — wieder eine gewisse Arbeiteraristokratie herauswächst, so ändert diese nichts an der allgemeinen Tatsache, daß das Proletariat als Klasse so lange in immer größeres Elend gestoßen wird, als es glaubt, daß es mit der Bourgeoisie gemeinsame Interessen hat.

Die Riemen, die in Zukunft in immer größerer Zahl geliefert werden sollen, sind Riemen aus der Haut des Proletariats, und die Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind dabei, mit ihren reformistischen Einspritzungen — wie immer — die dazu nötige Betäubung des Proletariats zu sichern. Es wird Zeit, daß das Proletariat endlich erkennt, daß es um seine Haut geht, und daß es sich seiner Haut nur erfolgreich wehren kann, wenn es begreift, daß das kapitalistische System und seine Nutznießer seine Todfeinde sind.